



HAL
open science

Zur Situation der Alten Geschichte zwischen 1945 und 1948.

Eckhard Wirbelauer

► **To cite this version:**

Eckhard Wirbelauer. Zur Situation der Alten Geschichte zwischen 1945 und 1948.. Freiburger Universitätsblätter, 2001, 154, pp.119-162. halshs-00005138

HAL Id: halshs-00005138

<https://shs.hal.science/halshs-00005138>

Submitted on 28 Oct 2005

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Extrait de Freiburger
Universitätsblätter, Heft 154 -
Dezember 2001
ECKHARD WIRBELAUER

Zur Situation der Alten Geschichte zwischen 1945 und 1948

Materialien aus dem Freiburger Universitätsarchiv II*

Umbruchszeiten bieten der historischen Forschung die außergewöhnliche Chance, daß auch vermeintlich Selbstverständliches formuliert und schriftlich festgehalten wird. Ein solches Dokument ist der Bericht »über die gewohnheitsrechtliche Übung im Berufungsverfahren bei der Besetzung von Lehrstühlen«, den Prälat Joseph Sauer, emeritierter Professor für Patrologie, Christliche Archäologie und Kunstgeschichte, Mitte September 1945 für den Prorektor der Freiburger Universität ausarbeitete:¹

Nach Vakantwerden eines planmäßigen Lehrstuhls an der Universität ersucht das Unterrichtsministerium die in Frage kommende Fakultät, eine Vorschlagsliste geeigneter Anwärter vorzulegen.

Die Fakultät insgesamt oder eine engere Kommission sucht in einer sorgsam Prüfung aller im deutschen Sprachgebiet nachweisbaren Fachgelehrten die für die jeweiligen Verhältnisse des vakanten Lehrstuhls geeignetsten Vertreter festzustellen und über sie oder auch noch über andere, vielleicht übersehene, von Kollegen auswärtiger Universitäten Gutachten über die wissenschaftliche Befähigung und über die persönliche Eignung einzuholen. Auf Grund aller Erhebungen werden die drei besten Kandidaten in die Vorschlagsliste aufgenommen, mit einer eingehenden Begründung der jeweiligen wissenschaftlichen Bedeutung, der Lehrbefähigung und der charakterlichen Veranlagung. In Ausnahmefällen, wo es sich um die

* Vgl. Freiburger Universitätsblätter Heft 149, 2000, 107-127. Für Hinweise und kritische Bemerkungen habe ich erneut zahlreichen Freunden und Kollegen zu danken, insbesondere Karl Christ, Wolfgang Günter, Franz Georg Maier, Jochen Martin, Hugo Ott, Stefan Rebenich, Matthias Steinhart, Dieter Timpe und Jürgen von Ungern-Sternberg. Das Freiburger Universitätsarchiv (im folgenden: UAF) sowie das Bundesarchiv Koblenz (im folgenden: BAK), besonders Alexander Zahoransky bzw. Beate Schleicher, unterstützten mich bei meinen Recherchen mit viel Geduld und Großzügigkeit. Christoph Büchner gewährte mir in entgegenkommender Weise Einblick in den persönlichen Nachlaß seines Vaters Franz Büchner. Dieser Beitrag ist der Erinnerung an Gerold Walser gewidmet, der sich um die Freiburger Universität und ihr Seminar für Alte Geschichte große Verdienste erworben hat, vgl. auch unten Anm. 37.

¹ Sauer's Bericht scheint nicht weiter im Senat der Universität behandelt worden zu sein, jedenfalls finden sich in den Senatsprotokollen der damaligen Zeit (UAF B12/1) keinerlei Hinweise auf ihn. Mir ist er bislang nur in einer Kopie an abwegigem Ort begegnet (UAF B1/1326, betr. Erteilung von Lehraufträgen). Formal handelt es sich um die Eingabe (Nr. 1929 vom 18.9.1945) des damaligen Freiburger Prorektors, des Juristen Franz Böhm, an den Hochschulreferenten im badischen Kultusministerium, Leo Wohleb, die Böhm auf Veranlassung des Ministerialbeamten Kirchheimer für die französische Militärregierung in Baden-Baden erstellen ließ und Wohleb mit Bitte um Weiterleitung überstellte. Das Dokument richtet sich nicht nur gegen etwaige Einflußnahmen der französischen Militärregierung (zu dieser Problematik s. Thomas Würtenberger – Gernot Sydow, Die Universität Freiburg nach 1945. Bildungsideal und Grundordnung, in: Freiburger Universitätsblätter 145, 1999, 45-56, bes. 51), sondern stellt auch eine Absage an Kräfte des ehemaligen Zentrums dar, die bereits bei der Militärregierung vorstellig geworden waren, um den Anteil katholischer und süddeutscher Professoren an der Universität zu heben, vgl. u. S. 128ff.; zu Sauer jetzt grundlegend: Claus Arnold, Katholizismus als Kulturmacht. Der Freiburger Theologe Joseph Sauer (1872-1949) und das Erbe des Franz Xaver Kraus, Paderborn/München 1999 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, 86).

Gewinnung eines ganz hervorragenden Gelehrten oder eines für den vakanten Lehrstuhl oder sein Institut einzigartig befähigten Fachmannes handelte, hat man sich auch schon mit der Präsentation eines solchen einzigen Kandidaten »*primo et unico loco*« begnügt. Liste samt den Gutachten wird durch den Senat und Rektor an das Unterrichtsministerium weitergeleitet.

Konnte in der Fakultät keine Einigung über die Vorschlagsliste erzielt werden, so stand dem dissidenten Teil das Recht zu einer Sonderliste zu.

Das Unterrichtsministerium wählt aus den drei vorgeschlagenen den ihm als geeignet erscheinenden Kandidaten aus und erteilt ihm den Ruf, d.h. bietet ihm den Lehrstuhl an unter gleichzeitiger Einladung zu einer meist mündlichen Besprechung über die Gehaltsregulierung, Einzelheiten des Lehrgebietes oder des Instituts.

Es konnte aber auch vorkommen, dass das Ministerium auf Grund anderweitiger Informationen sein Einverständnis mit der Vorschlagsliste als Ganzem oder mit Einzelheiten nicht glauben geben zu können, und sie daher wieder zurückgab zur Ergänzung oder Neuaufstellung.

Konnte der Kandidat nach den mündlichen oder schriftlichen Verhandlungen mit dem Unterrichtsministerium sich zur Annahme des Rufes bereit erklären, so erteilte die Landesregierung, vor 1918 der Grossherzog, die feierliche Ernennung zum Professor.

Bei theologischen Professuren ist das Berufungsverfahren durch Artikel X des Badischen Konkordates vom J. 1932 geregelt. Danach muss vor Erteilung des Rufes der Erzbischof gehört werden, ob gegen die Lehre und den Lebenswandel oder die Lehrbefähigung des Vorgeschlagenen unter Angabe eines Grundes Einwendungen erhoben werden. Im Falle einer derartigen Beanstandung wird die Berufung oder Anstellung nicht erfolgen.

In den letzten 12 Jahren, insbesondere seit 1935 existierte das Vorschlagsrecht in seiner für das Unterrichtsministerium massgebenden Form nur noch als Fiktion. Nur unter den grössten Schwierigkeiten konnten die von einer Fakultät unter dem Gesichtspunkt der Wissenschaft und der Lehrbefähigung Vorgeschlagenen einen Ruf erhalten.² In der theologischen Fakultät kamen keine Berufungen auf planmässige Lehrstellen mehr zustande, abgesehen von einzelnen Fällen, wo planmässige Professoren anderswo untergebracht werden mussten, wie nach Aufhebung der theologischen Fakultät in München. Auch Habilitationen wurden keine mehr zugelassen.

Freiburg i.Br., den 17. 9. 1945

gez. Sauer

Schon hier ist eines festzuhalten: Hätten sich alle Beteiligten, auch Sauer selbst, an den Wortlaut dieses Textes gehalten, hätte es wohl kaum über 30 Monate bis zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Alte Geschichte gedauert!

Lange Vakanzen, wie hier von Frühjahr 1946 bis Sommer 1948, und strittige Besetzungen von Professuren gehören zweifellos zum universitären Alltag. Wenn an dieser Stelle also ein einzelnes Berufungsverfahren dargestellt werden soll, dann bedarf dies sicherlich der Rechtfertigung. Was macht diese Nachfolgersuche nach dem Kriegsende für uns heute noch interessant? Vor allem wohl die Frage, mit welchen teils fachlichen, teils fachfernen und bisweilen aus heutiger Sicht sogar grotesk anmutenden Verrenkungen die Besetzung dieses Lehrstuhls in das Zentrum der politischen Debatte in den ersten Nachkriegsjahren geriet, wobei es nicht um eine Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern um die zukünftige geistige und politische Orientierung der Universität ging. Der Konflikt selbst entzündete sich an landsmannschaftlichen und vor allem konfessionellen Differenzen, die bereits wenig später,

² Schaut man auf die Berufungen im Bereich der Philosophischen Fakultät, dann erweist sich Sauers Einschätzung als apodiktisch. Schon eine flüchtige Durchsicht der Akten zeigt, daß es zu differenzieren gilt: Bei den verschiedenen Berufungsverfahren von Altertumswissenschaftlern und Historikern lassen sich jedenfalls ebenso Bestätigungen wie auch Gegenbeispiele für das Urteil von Sauer gewinnen.

nach der Gründung des Südweststaates (1952), ihre fundamentale Bedeutung verloren. Auch die Frage, in welcher Weise die beteiligten universitären Gremien, also Fakultät, Senat und Rektorat, miteinander umgingen, wäre höchstens von historischem, vielleicht aber auch nur von antiquarischem Interesse. Dagegen ist eine andere, gleichfalls an diesem Beispiel deutlich werdende Problematik aktueller denn je, die Frage der Autonomie der Universität gegenüber staatlichen Institutionen. Und es geht nicht etwa um Eingriffe der französischen Militärbehörde, sondern vor allem um die unverhohlene Einflußnahme der südbadischen Regierung, insbesondere des Staatspräsidenten Leo Wohleb, auf die Philosophische Fakultät, die sogar beinahe erpresserische Züge annahm.

Daß diese Frage am Beispiel der Alten Geschichte verhandelt wurde, hatte zunächst einen ganz äußerlichen Grund. Der Lehrstuhl für Alte Geschichte war nach Kriegsende der erste innerhalb der Philosophischen Fakultät, der nicht durch Suspendierung oder Entlassung aus dem Dienst, sondern durch Wegberufung an eine andere Universität vakant wurde.³ Der bisherige Fachvertreter, Joseph Vogt, obgleich erst kurz zuvor, im Sommer 1944, berufen, folgte zum Sommersemester 1946 einem Ruf nach Tübingen und übernahm dort zum dritten Mal in seiner Karriere den Lehrstuhl für Alte Geschichte.⁴ Über Vogts Freiburger Zeit ist nicht gerade viel bekannt, doch spricht manches dafür, daß er hier nicht recht heimisch wurde.⁵ Schon die Umstände waren wenig glücklich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß an einen auch nur einigermaßen normalen Lehrbetrieb an der Freiburger Universität spätestens nach dem Bombeninferno vom 27. November 1944 nicht mehr zu denken war.⁶ Dagegen bot Tübingen, wo sich Vogt schon wegen der Vertretung seines alten

³ Auch innerhalb des Fachs Alte Geschichte ist Vogts Weggang nach Tübingen der erste nicht von äußeren Zwängen bestimmte Wechsel von einem Lehrstuhl zum anderen. Einen Überblick über die nicht leicht zu überschauenden Verhältnisse bietet Reinhold Bichler, *Neuorientierung in der Alten Geschichte?*, in: Ernst Schulz (Hrsg.), *Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1965)*, München 1989, 63-86 (mit tabellarischer Übersicht ebd. 66) und Resümee 285f.

⁴ Carlo Schmid hatte sich per Schreiben vom 10. 8. 1945 (Abschrift in: UAF B24/4039) an die »Landesverwaltung für Kultus und Unterricht in Baden« gewandt und folgendes vorgetragen: »Der ord. Professor für alte Geschichte an der Universität Tübingen Dr. Vogt hatte im vorigen Jahr eine Berufung an die Universität Freiburg erhalten. Da der damalige württ. Kultminister aus politischen Gründen davon abgesehen hat, Professor Vogt entgegen den Wünschen der Philosophischen Fakultät in Tübingen zu halten, hat Professor Vogt die Berufung angenommen. Die Philosophische Fakultät hat nunmehr beantragt, Professor Vogt, der mit der Universität und der Fakultät sehr verbunden ist und selbst gerne wieder nach Tübingen zurückkehren würde, nach Tübingen zurückzuberufen. Ich möchte diesem Antrag entsprechen, da die Freigabe des Professors Vogt für Freiburg eine Fehlhandlung war, die ich wieder gut machen möchte. Ich bitte Sie daher, gegen eine Berufung keine Einwendungen zu erheben.« – Zu Vogts früherer Karriere s. die Hinweise bei Wirbelauer (s. Anm. *), 113 mit Anm. 6, 24, 25, 31; zur Situation in Tübingen vgl. die verschiedenen Beiträge in: Franz Knipping – Jacques Le Rider (Hrsg.), *Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945-1950. Ein Tübinger Symposium*, 19. und 20. September 1985, Tübingen 1987.

⁵ Eine erste Darstellung auf archivalischer Basis bietet Diemuth Königs, *Joseph Vogt. Ein Althistoriker in der Weimarer Republik und im Dritten Reich*, Basel/Frankfurt 1995, 52-66. Sie ist freilich in einigen Punkten unzutreffend bzw. ergänzungsbedürftig (vgl. z. B. folgende Anm. und Anm. 12). Gerade in so chaotischen Zeiten wie diejenigen, in die Vogts Freiburger Jahre fielen, ist davon auszugehen, daß nur Weniges und Bruchstückhaftes den Weg »in die Akten« fand, so daß sich Königs' weitgehender Verzicht auf Befragung der damals noch erreichbaren Zeitzeugen hier besonders gravierend auswirkt (Ausnahme: ebd. 59 Anm. 265 mit dem Hinweis auf die Auskunft von Hugo Ott, derzufolge Vogt und Clemens Bauer alte Tübinger Studienkollegen waren). Zur weiteren Kritik an Königs' Arbeit vgl. die Hinweise bei Wirbelauer, s. Anm. *, 108 Anm. 6.

⁶ Immerhin zeigt die Abrechnung der Höregelder (UAF B17/739), daß Vogt, der bereits im Sommersemester 1944 in Freiburg über »Epochen der griechischen Geschichte« las,

Lehrstuhls immer wieder einzufinden hatte,⁷ ein unversehrtes Bild.⁸ Hinzu kam, daß er in Freiburg offenbar zwischen allen Stühlen saß, während ihn die Kollegen in Tübingen halten wollen.⁹ Sein Katholizismus trennte ihn von protestantisch bzw. freigeistig gesonnenen Kollegen in der Fakultät (wie Gerhard Ritter,¹⁰ Gerd Tellenbach oder auch Walter-Herwig Schuchhardt¹¹), und sein auf Breitenwirkung angelegter Aktionismus¹² während des ›Dritten Reichs‹ mußte ihn sowohl den aus

großen Zuspruch fand: Im Sommersemester 1944 hörten 204 Studierende seine Vorlesung. Während die von Königs als ›programmatische‹ empfundene Vorlesung (WS 1944/45) über die »Zeit Konstantins des Grossen« kriegsbedingt nur von 35 Hörern besucht wurde, kamen zur »Weltmission des Griechentums« im WS 1945/46 immerhin 79 Hörer.

⁷ Zur Vertretung im WS 1944/45 in Tübingen s. UAF B24/4039, Schreiben vom 21. 10. 1944 sowie Bewilligung des Dekans vom 30. 10. 1944. Indirekt geht dies auch aus dem Protokollbuch der Sitzungen der Philosophischen Fakultät (UAF B3/798) hervor. Vogt hatte zum letzten Mal am 27. 10. 1944 an einer Sitzung teilgenommen und war nicht unter den »am Ort verbliebenen Mitglieder[n] der Fakultät«, unter denen laut Schuchhardts Eintrag »in der Zeit nach dem Terrorangriff vom 27. 11. 44 bis Mitte Januar laufend Besprechungen« stattfanden. Nach Königs, s. o. Anm. 5, 57, befand er sich bei denjenigen Dozenten der Fakultät, die auf der Burg Wildenstein (in der Nähe des Klosters Beuron im Donautal) den Lehrbetrieb aufrechterhalten wollten, und versuchte von dort aus, auch nach Tübingen zu gelangen (bezeugt durch einen Brief an Clemens Bauer vom 18. 4. 1945, zitiert bei Königs, ebd.). Ab dem 9. 6. 1945 allerdings war Vogt bis zum Herbst, als ihn die Reise nach Bad Boll und die anschließende Suspendierung fernhielten, bei jeder Fakultätssitzung anwesend.

⁸ In einem Rückblick beschreibt René Cheval, der curateur de l'Université für Tübingen, die Situation vor Ort: »An Lehrkräften fehlte es in Tübingen auch nicht, obwohl der Krieg seinen Tribut gefordert hatte. Und hätte es an ortsansässigen Professoren gemangelt – die Oase am Neckar war so verlockend –, so hätten die besten Köpfe in Deutschland eine Berufung nach Tübingen mit Begeisterung angenommen«, vgl. René Cheval, Die Universität Tübingen in der Besatzungsära, in: Jérôme Vaillant (Hrsg.), Französische Kulturpolitik in Deutschland 1945-1949. Berichte und Dokumente, Konstanz 1984, 61-69, hier: 64.

⁹ Vgl. oben Anm. 4.

¹⁰ Vgl. die Wiedergabe eines Gesprächs mit Karl Büchner im Tagebuch Sauer vom 10. 6. 1947, vgl. aber Anm. 21. Zu Ritter vgl. Klaus Schwabe – Rolf Reichardt (Hrsg.), Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen, Boppard 1984 (Schriften des Bundesarchivs 33); Winfried Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, München 1989 (Historische Zeitschrift, Beiheft 10); Agnes Blänsdorf, Gerhard Ritter 1942-1950. Seine Überlegungen zum kirchlichen und politischen Neubeginn in Deutschland, in: GWU 42, 1991, 1-21 und 67-91.

¹¹ Zu Tellenbach vgl. jetzt: Freiburger Universitätsblätter 147, 2000, 85-111, zu Schuchhardt s. die Hinweise bei Wirbelauer (s. Anm. *), Anm. 3; mit Schuchhardt hatte Vogt freilich im Zusammenhang mit seinen Berufungsverhandlungen ständigen Kontakt, der auch eine persönliche Ebene erreichte, vgl. den Briefwechsel zwischen beiden: UAF B3/755.

¹² Vogts außeruniversitäres Engagement war auch unmittelbar vor Kriegsende noch nicht erlahmt, wie aus einem in der Personalakte Schuchhardt (UAF B3/706) erhaltenen Schriftwechsel hervorgeht: Auf Bitten von Schuchhardt erklärte sich Vogt am 28. 6. 1944 bereit, einen Vortrag über »Julius Caesar und seine Soldaten (Das psychologische Problem der Führung)« in einem neugegründeten Arbeitskreis im elsässischen Mülhausen (Mulhouse) zu halten, in dem »sämtliche Fachvertreter der Universität und die Männer der Praxis zur Erörterung gemeinsamer Fragen« zusammenkommen sollten. Hintergrund der Veranstaltung war die »Aktivierung der Ortsgruppe Mülhausen des Verbandes der Freunde der Universität [sc. Freiburg, E.W.]«, wofür sich der Mülhausener Oberbürgermeister Eggers bei Rektor Süß schriftlich und persönlich eingesetzt hatte. – Am 29. 9. 1944 teilte Vogt dem Rektor mit, »dass ich von der Deutschen Forschungsgemeinschaft beauftragt bin, im November auf Einladung der Kroatischen Volksuniversität in Zagreb einen Vortrag über Kaiser Diokletian zu halten.« (UAF B24/4039, ebenso in: B3/755); aus letztgenannter Akte wird auch der weitere Fortgang der Angelegenheit deutlich: Mit Schreiben vom 18. 11. 1944 teilte Vogt mit, daß die Reise verschoben werden mußte, weil die Devisen nicht rechtzeitig beschafft worden seien. Am 6. 3. 1945 schreibt Vogt an Schuchhardt: »Die Deutsche Forschungsgemeinschaft teilte mir mit, dass von der Deutschen Gesandtschaft in Agram [sc. Zagreb, E. W.] als neuer Termin für den Vortrag über Kaiser

national-konservativen wie aus kirchlicher Überzeugung Widerstehenden verdächtig machen.¹³ In diesem Zusammenhang ist jedenfalls auffällig, daß Vogt sich in keiner Weise in die Bautätigkeit der Freiburger Universität ab April 1945 einschaltete, obgleich etwa Joseph Sauer durchaus Hoffnungen auf ihn setzte.¹⁴ Ab Oktober 1945 war dies freilich auch gar nicht mehr möglich, da sich Vogt gegenüber Rektor Janssen bereit erklären mußte, »für die nächsten beiden Jahre auf politische Äußerungen in der Öffentlichkeit in Rede und Schrift (auch in Vorlesungen), sowie auf die Wahl als Dekan, Senator und Rektor zu verzichten.«¹⁵ Vogt war kurz zuvor von der französischen Militärregierung suspendiert worden¹⁶, worauf er mit Schreiben vom 31. Oktober 1945 seine Wiedereinsetzung mit folgender Begründung forderte:

Mein Verhältnis zur NSDAP und ihren Gliederungen ist folgendes gewesen: im Dezember 1933 wurde in Würzburg, wo ich damals ordentlicher Professor war, eine SA-Einheit für Teilnehmer des ersten Weltkriegs aufgestellt. Es wurde ausdrücklich erklärt, dass dieser SA-Sturm in Zukunft die einzige Organisation für ehemalige Kriegsteilnehmer sein werde. Lediglich aus diesem Grund bin ich im

Diokletian nunmehr der 11. April vorgesehen sei. Ich treffe die nötigen Vorbereitungen für diesen Termin, halte aber bei den heutigen Verkehrsverhältnissen eine planmäßige Durchführung der Reise für zweifelhaft. Gegebenenfalls werde ich erneut über die Angelegenheit berichten.« – Zeitgenossen von Vogt wunderten sich über dessen Fehleinschätzung der politischen Lage insbesondere gegen Kriegsende, vgl. das Zeugnis von Carlo Schmid (Königs, s. o. Anm. 5, 62) oder auch die Äußerung von Gerhard Ritter (s. u. Anm. 21).

¹³ Zu den verschiedenen regimekritischen Zirkeln, an denen Freiburger Professoren und Kirchenmänner beteiligt waren, vgl. die verschiedenen Beiträge in: Freiburger Universitätsblätter Heft 102, 1988, bes.: Ulrich Kluge, Der »Freiburger Kreis« 1938-1945. Personen, Strukturen und Ziele kirchlich-akademischen Widerstandsverhaltens gegen den Nationalsozialismus, ebd. 19-40.

¹⁴ In der Senatssitzung am 8. Mai 1945 wurde auch die Frage der Konkordatslehrstühle angesprochen. Bei dieser Gelegenheit kommentiert der hiervon direkt betroffene Sauer (Tagebuch UAF C67/37) die Verhältnisse innerhalb der Philosophischen Fakultät folgendermaßen: »Man sieht klar, daß Schuchhardt den kirchenfeindlichen Geist des Nazismus noch weiter zu halten sucht und einzig zu diesem Zweck sich selbst am Dekanat festklammert, trotzdem eine Neuwahl notwendig gewesen wäre. Es wird sich fragen, [ob,] wenn die philos. Fakultät wieder vollzählig am Ort ist, die Clique Heidegger, Bauch und Schuchhardt, die eigentlichen Exponenten des Dozentenbundes, sich behaupten kann. Dazu wäre notwendig, daß das Gegengewicht Metz, Bauer, Friedrich, Vogt, Ritter sich durchsetzen kann.« Allerdings gehörte Vogt nicht zum engeren Kreis um Sauer und wird von diesem nur sehr selten in seinen Tagebüchern erwähnt, so etwa anlässlich seines Antrittsbesuchs am 23. 9. 1944 (Tagebuch Sauer, UAF C67/37). Am 24. 6. 1945 suchte Vogt Sauer auf, »um ebenfalls einen libellus pacis zu erhalten.« Arnold, s. o. Anm. 1, 422 mit Anm. 89, interpretiert ganz zutreffend: »Diese Wortwahl wirft ein helles Licht auf Sauers Selbstverständnis nach 1945 – wie übrigens auch auf seine Beurteilung Vogts: »Libelli pacis« erhielten nach den Christenverfolgungen in der Alten Kirche die »lapsi«, die Abgefallenen, als Vergebungszusicherung von standhaften Bekennern. Als Patrologe und Verfasser eines entsprechenden Lexikonartikels [LThK¹ 6, 1934, 390–392] wußte Sauer genau um diese Zusammenhänge. Er selbst verstand sich also als im »Dritten Reich« bewährter »Confessor.« Die Ausdrucksweise begegnet durchaus öfters, so explizit auf Vogt bezogen bei Walser, s. u. Anm. 37, 298.

¹⁵ Personalakte Vogt (UAF B24/4039), Schreiben Nr. 2231 vom 16.10.1945; Janssen leitete diese Erklärung gemeinsam mit der Stellungnahme der Philosophischen Fakultät »unter Befürwortung« an die Militärregierung mit folgendem Hinweis weiter: »Für Professor Dr. Vogt wird voraussichtlich sogar ein Antrag auf Rückberufung an die Universität Tübingen erfolgen.« Janssen fügte dem Gesuch die »Eingabe der Studenten der Tübinger Universität« bei, auf die auch Vogt selbst in seinem Brief vom 31.10.1945 Bezug nimmt.

¹⁶ Laut Aktenvermerk (UAF B24/4039) wurde die Entscheidung am 26.9.1945 getroffen und am 4.10. im Mitteilungsblatt der Militärregierung veröffentlicht. Die Entscheidung wurde am 2.10. in Freiburg bekannt, vgl. den Tagebucheintrag von Joseph Sauer (UAF C67/38, 2.10. 1945: »Heute ein sehr bewegter Tag«).

Dezember 1933 in die SA eingetreten. Da ich im ersten Weltkrieg Leutnant der Reserve gewesen war, bin ich in der SA im Lauf der Jahre einige Male befördert worden, aber nur dem Namen nach. In Wirklichkeit habe ich nie eine Schar oder einen Trupp geführt. Die Tätigkeit der Einheiten, denen ich in Würzburg und in Breslau angehört habe, bestand wesentlich in der Pflege der Kameradschaft und in der sozialen Hilfe für die Arbeitslosen. 1940 bin ich aus der SA ausgetreten, da ich der Partei innerlich fern stand.

Nur auf ausdrückliches Verlangen der zuständigen Parteistelle in Breslau war ich 1937 in die Partei eingetreten. Im Hinblick auf meine zahlreiche Familie konnte ich diese Forderung unter den damaligen Umständen nicht ablehnen. Meine Zugehörigkeit zur Partei war rein äusserlich, ich habe unter diesem Zwiespalt sehr gelitten. Die Weltanschauung der Partei habe ich immer abgelehnt. Ich habe meine christliche Ueberzeugung in Wort und Schrift bekannt und mit meiner Familie zu verwirklichen gesucht. Aus diesem Grund bin ich von den massgebenden Stellen der Partei in Breslau und in Tübingen vielfach verdächtigt und zurückgesetzt worden. Die Gutachten, die vom NSD-Dozentenbund der Universität Tübingen über mich erstattet wurden, waren durchweg schlecht, wie ich erfahren habe. Als ich 1944 einen Ruf an die Universität Freiburg erhielt, hat der damalige Württ. Kultminister »aus politischen Gründen« davon abgesehen, mich in Tübingen zu halten. Dies ist vom jetzigen Minister für Kultus, Erziehung und Kunst in Württemberg in einem Schreiben an das Ministerium für Kultus und Unterricht in Baden vom 10. VIII. 1945 ausdrücklich festgestellt worden, ebenso auch in einem Schreiben des jetzigen Württ. Kultministeriums an die Militärregierung in Baden-Baden.

Dass ich kein aktiver Nationalsozialist gewesen bin, haben meine Studenten in einer Eingabe an den Herrn Rektor der Universität Freiburg bezeugt. Ich darf auch darauf hinweisen, dass die Universität Tübingen, die meine politische Vergangenheit kennt, mich jetzt wieder auf meinen alten Lehrstuhl zurückberufen will und sich in dieser Angelegenheit an die Militärregierung in Baden-Baden gewandt hat. Ebenso urteilen auch andere Autoritäten des öffentlichen Lebens. So hat der Württ. Landesbischof D. Wurm mich neulich bei einer religiösen Tagung, die in Bad Boll stattgefunden hat, mit einem Vortrag betraut.¹⁷

Ich habe – seit 1926 ordentlicher Professor – keinerlei Vorteil von meiner Zugehörigkeit zur Partei gehabt; sie hat mir nur grenzenlose Enttäuschung gebracht. Ich habe die Hoffnung, dass es mir vergönnt wird, in Ausübung meines Berufes, an dem ich mit ganzem Herzen hänge, an der Neugestaltung eines besseren Deutschlands mitzuwirken.

Gegen die Suspendierung hatte Vogt auch die Philosophische Fakultät mobilisiert. Mit Unterschrift des gerade wieder restituierten Anglisten Friedrich Brie (1880–1948)¹⁸ stellten ihm seine Kollegen folgendes Zeugnis aus:¹⁹

Prof. Dr. Josef Vogt

ist ein ausgezeichnete Lehrer, der bereits an den Universitäten Breslau, Tübingen und Würzburg mit großem Erfolg tätig war.

¹⁷ Für die angesprochene Tagung in Bad Boll hatte Vogt am 10. 9. 1945 über den Dekan beim Rektor um Urlaub vom 25. 9. bis 15. 10. 1945 gebeten. Als Thema seines Vortrags gab er an: »Die sittlichen und religiösen Grundlagen des römischen Rechts«.

¹⁸ Brie, im Wintersemester 1937/38 wegen nichtarischer Abstammung seines Lehrstuhls enthoben und zwangsweise in den Ruhestand versetzt, war zum 1.8.1945 wieder auf seine alte Position zurückgekehrt und bereits zuvor, im Juni 1945, zum Dekan (als Nachfolger Schuchhardts) gewählt worden, vgl. UAF B3/408 sowie das Protokollbuch der Philosophischen Fakultät (UAF B3/798). Zur Thematik generell vgl. Bernd Martin, Die Entlassung der jüdischen Lehrkräfte an der Freiburger Universität und die Bemühungen um ihre Wiedereingliederung nach 1945, in: Freiburger Universitätsblätter Heft 129, 1995, 7-46, worin freilich der Fall Brie zugunsten anderer Fallstudien zurücksteht (vgl. ebd. 46 Nr. 16).

¹⁹ Personalakte Vogt (UAF B24/4039), Schreiben der Philosophischen Fakultät vom 9.10. 1945.

Zur Zeit der einzige Vertreter seines Faches ist er gleich notwendig für die Ausbildung der klassischen Philologen wie der Historiker. Autorität auf dem Gebiet der römischen Geschichte, besonders in der Epoche der Republik.

Er verfügt über wissenschaftliche Beziehungen nach verschiedenen Ländern, darunter in Frankreich zu Jean Gagé (Straßburg), in England zu Mattingly (London). Seine Geschichte der römischen Republik ist auf Anregung von Benedetto Croce ins Italienische übersetzt worden.

Nachdem sich unsere Fakultät mehrfach mit besonderem Eifer um die Gewinnung dieses bedeutenden Fachvertreters bemüht hat, legt sie das größte Gewicht auf seine Erhaltung und würde seinen Verlust umso schmerzlicher empfinden als angesichts des spärlichen Nachwuchses ein auch nur einigermaßen gleichwertiger Ersatz kaum zu finden wäre.

Der Einsatz für Vogt hatte Erfolg, Ende November war die Suspendierung erst einmal wieder aufgehoben worden.²⁰ Dabei zeigt die Stellungnahme der Fakultät, daß sich Vogt auf seine Kollegen verlassen konnte, auch wenn ihm wohl nicht alle gleichermaßen gewogen waren.²¹ Dies hing einerseits mit der Bedeutung des Faches

²⁰ Aus einem Auszug aus einer Aktennotiz über eine Besprechung des Rektors mit Lacant zur »Reinigung der Philosophischen Fakultät« vom 20.11.1945 geht hervor, daß neben Bauch, Bauer, K. Büchner, Maurer, Max Müller, Nürnberger, Sehrt, Storm und Rehm auch Vogt »provisorisch wieder eingestellt« sind. »Professor Dr. Friedrich Metz bleibt suspendiert, ebenso Professor Dr. Hermann Gundert. Bei Professor Dr. Gundert liegt die Situation günstiger.« Die Militärregierung bestätigte dies »mit Schreiben Nr. 9529/868/EDU vom 22. November 1945«. Die Vorgänge um seine Suspendierung haben Vogts Rückkehr nach Tübingen also nicht ausgelöst, werden sie aber zusätzlich gefördert haben.

²¹ Karl Büchner äußerte später den Verdacht, daß Vogt »von seinen Kollegen weggeekelt worden« sei, und nannte in diesem Zusammenhang den Namen Ritter, s. u. S. 140 mit Anm. 83. Sieht man einmal zwischen den offensichtlichen landsmannschaftlichen und religiösen Gegensätzen zwischen Vogt und Ritter ab, so mag letzterer solchen Gerüchten vielleicht auch dadurch Vorschub geleistet haben, daß er sich bereits seit Dezember 1945 um mögliche Nachfolger für Vogt bemüht hatte (vgl. Anhang Nr. 2), was seinen Kollegen in der Fakultät, zumindest denen in der Berufungskommission natürlich bald bekannt gewesen sein dürfte. Dennoch zeigen verschiedene Vogt betreffende Dokumente im Nachlaß Ritter im Koblenzer Bundesarchiv (N 1166), daß dieses von Büchner kolportierte Gerücht kaum der tatsächlichen Einstellung Ritters entsprochen haben dürfte. Dies wird insbesondere aus Ritters Stellungnahme zu Vogt gegenüber der Bonner Philosophischen Fakultät deutlich, die nach Mitteilung von Dekan Herbert von Einem an Ritter im Juli 1952 erwog, Vogt als Nachfolger von Friedrich Oertel in die engere Wahl zu ziehen, obgleich »immer wieder gegen Prof. Vogt politische Bedenken geltend gemacht« würden (Schreiben vom 10. 7. 1952 an Ritter, BAK N 1166/454). Ritter zitiert in seiner Antwort vom 14.7.1952 sogar wörtlich aus den Akten der Reinigungskommission:

»Wunschgemäß teile ich Ihnen vertraulich mit, was hier von der politischen Bereinigungskommission unseres Senates 1945, der ich selbst als Vorsitzender angehörte, über Herrn Joseph Vogts Verhältnis zur NS-Partei ermittelt worden ist.

Er ist 1933 in die SA eingetreten, 1937 in die Partei. In der SA gehörte er zu einer Gruppe älterer Frontsoldaten des I. Weltkriegs, die sich teilweise mit der Pflege kameradschaftlicher Erinnerung, hauptsächlich mit sozialer gegenseitiger Hilfeleistung beschäftigten. Vor allem diese Sozialarbeit zog ihn an. Seine Formation war an keinerlei Gewaltakten beteiligt, er selbst hatte aus Zeitmangel nur selten Gelegenheit, Kameradschaftsabende mitzumachen, wurde allerdings Gruppenführer, aber nur als Offizier des I. Weltkriegs, ohne praktisch jemals eine Gruppe geführt zu haben. Aus Scheu vor politischer Betätigung trat er 1933 nicht gleichzeitig in die Partei ein. Sein Parteibeitritt erfolgte erst 1937 in Breslau auf Zureden des dortigen Dozentenbundes. Dort bestand eine enge Verbindung der Universitätsinstitute mit Parteistellen, sodaß ein Draußenbleiben schwierig war.

»Sein inneres Verhältnis zur NS-Partei war sehr spannungsreich, da seine innerlich vornehme, ruhige und vernünftige Wesensart, aber auch seine entschieden katholische Gesinnung, in der er nie geschwankt hat, im Grunde der rechtlosen Willkür und dem hemmungslosen Kriegstreiben des Nazitums stark widerstrebte. Indessen glaubte er trotz aller Sorgen und Vorbehalte an die historische Mission Hitlers, Deutschland und das Abendland vor dem Kommunismus zu retten, wurde zwar durch die Judenverfolgungen 1938

zusammen, die ihm gerade zu dieser Zeit zugeschrieben wurde,²² galt aber ebenso auch der Persönlichkeit von Vogt.²³ Selbst als dieser sich bereits für Tübingen entschieden hatte, besaß sein Urteil ungeachtet der persönlichen Einschätzungen Gewicht in der Freiburger Philosophischen Fakultät: Sein Gutachten über den in Freiburg bislang unbekanntem Friedrich Vittinghoff²⁴ verschaffte diesem den dritten Platz auf der Vorschlagsliste für die althistorische Professur in Freiburg (vom 3. März 1946, Anhang Nr. 1).

Betrachten wir diese Vorschlagsliste genauer, dann zeigt sich deutlich, wessen Argumente sich hier durchgesetzt haben. Alfred Heuß darf in jeder Hinsicht als der Kandidat Gerhard Ritters gelten. Wie auch aus dem Empfehlungsschreiben von Hermann Aubin (vom 5. Dezember 1945)²⁵ und Heuß' eigener Stellungnahme vom 6. Februar 1946²⁶ erkennbar, galten kompromißloses Auftreten bei überragendem Sachverstand und methodischer Brillanz als verbürgtes Markenzeichen von Heuß. Bereits am 21. Dezember 1945 hatte Ritter direkten Kontakt zu Heuß aufgenommen, um von ihm Material für die beabsichtigte Berufung zu erhalten.²⁷ Ritter war das Urteil Berves durchaus noch präsent, der Heuß wenige Jahre zuvor als seinen »originellsten« und »produktivsten« Schüler bezeichnet hatte.²⁸ Auch bei der Frage

und Hitlers Einmarsch in Prag 1939 in diesem Glauben tief erschüttert, hielt sich aber auch dann noch zu patriotischer Gefolgschaft für verpflichtet.« [Dieser Absatz ist von Ritter als wörtliches Zitat gekennzeichnet; E.W.]

Forschung und Lehrtätigkeit blieb völlig frei von nazistischen Einflüssen; kompromißlos vertrat er die wissenschaftlichen Interessen der Universität in verschiedenen Ehrenämtern. Als akademischer Lehrer bemühte er sich, seine Schüler zu kritischer Vorsicht gegen nazistische Schlagworte und Irrlehren zu erziehen. Nach Tübingen berufen ist er Presseferent der Universität geworden und war als solcher genötigt, gleichzeitig den Presseamtsleiter des Dozentenbundes zu spielen, da dort Dozentenbund und Rektorat in Personaleinheit standen. Praktisch bestand seine Tätigkeit als Presseferent in einer völlig belanglosen Kontrolle akademischer Lokalnachrichten der Tübinger Lokalblättchen; Dozentenbundführer ist er nicht gewesen. Von einer Tätigkeit im Institut zur Erforschung des Judentums ist uns nichts bekannt geworden, ebenso wenig von politischen Veröffentlichungen im Rahmen des Dozentenbundes. Vermutlich liegt hier ein Mißverständnis der Tätigkeits Vogts als sogen. Presseamtsleiter vor.

Persönlich darf ich hinzufügen, daß mir Herr Vogt als ein grundanständiger Charakter bekannt ist, den ich auch in der NS-Zeit sehr hoch schätzte, obwohl ich seine damals etwas naive Vorstellung von der antibolschewistischen Mission Adolf Hitlers in keiner Weise teilte, sondern als weltfremde Illusion empfand.«

²² Vgl. Anhang Nr. 5 b).

²³ Nach Ausweis von Anhang Nr. 6 gehörte Vogt der Berufungskommission an, auch wenn das Protokoll der Fakultätssitzung vom 26.1.1946 nur die Professoren Ritter, Tellenbach, Bauer, Schuchhardt, Büchner (in dieser Reihenfolge) als Kommissionsmitglieder nennt. Die Beteiligung des bisherigen Lehrstuhlinhabers entsprach, zumal wenn er wie Vogt zu dieser Zeit noch am Orte war, zwar den Konventionen, konnte aber, wie die Auseinandersetzung zwischen Schuchhardt und den beiden 1941 nach Straßburg berufenen Klassischen Philologen Bogner und Oppermann zeigte, auch umgangen werden, vgl. Wirbelauer, s. o. Anm. *, 107f. Anm. 7.

²⁴ Zu den im folgenden genannten Alttertumswissenschaftlern (den Althistorikern Heuß, Schaefer, Vittinghoff, Nesselhauf sowie den Altphilologen Büchner und Gundert) vgl. die Hinweise bei Wirbelauer, s. Anm. *, Anm. 51, 50, 55, 46 sowie 65 und 89.

²⁵ Anhang Nr. 2 a). Aubin war im Sommer 1945 auf Wunsch der Philosophischen Fakultät kurzfristig auf einer pharmazeutischen Assistentenstelle [!] beschäftigt worden, um ein Lehrangebot für Mittelalterliche Geschichte anbieten zu können. Im Wintersemester 1945/46 befand er sich zur Lehrstuhlvertretung in Göttingen. Zu seiner Person und zur Behinderung seiner Karriere durch die NS-Bürokratie vgl. die Hinweise bei Wirbelauer, s. Anm. *, Anm. 52.

²⁶ Anhang Nr. 2 f).

²⁷ Anhang Nr. 2 b).

²⁸ Vgl. Wirbelauer, s. o. Anm. *, 118 (Anhang Nr. 3). Daß diese Unterlagen noch präsent waren, geht aus einem Schreiben Ritters an Matthias Gelzer (Frankfurt) vom 20.2.1946

des 2. Platzes liefern die Dokumente der »Nachfolge Kolbe« (1943) den Schlüssel: Dort hatten sich besonders die Klassischen Philologen Karl Büchner und Hermann Gundert für den Heidelberger Hans Schaefer ausgesprochen, der im Sommersemester 1943 auch in Freiburg Veranstaltungen abgehalten hatte.²⁹ Das heute leider anonyme Gutachten zu seiner Person wird wohl aus der Feder von Karl Büchner stammen.³⁰

explizit hervor (BAK N 1166/490). Ritter versicherte Gelzer darin, daß er keine neuen Gutachten von ihm wolle, da diejenigen »vom letzten Mal« (also von 1943) genügten, bevor er mit seinem eigentlichen Anliegen herausrückte, nämlich, ob sich Gelzer unter den jetzigen Gegebenheiten einen Wechsel nach Freiburg vorstellen könne. (Ritter wußte aus eigener Beteiligung in der Berufungskommission 1925-1927, vgl. BAK N 1166/307 unter Buchstabe F, daß Gelzer einst als Nachfolger von Fabricius ausersehen den Ruf nach Freiburg abgelehnt hatte.) Gelzers postwendende Antwort macht beispielhaft deutlich, welche Argumente in Berufungsverfahren der unmittelbaren Nachkriegszeit eine Rolle spielten:

»Sehr verehrter Herr College,

Ihr freundlicher Brief vom 20. 2. traf gestern bei mir ein. Da Sie eine baldige Rückäußerung wünschen, will ich Sie nicht länger warten lassen und Ihnen zunächst aufs herzlichste danken für Ihre mir sehr ehrenvolle Anfrage. Die Antwort fällt mir nicht leicht. Denn der Hinweis auf die erhaltenen Bibliotheken Freiburgs wiegt schwer, weil unsere Stadtbibliothek ihre altertumswissenschaftlichen Bestände ganz verloren hat und von unserer Seminarbibliothek ein beträchtlicher Teil verbrannt ist, wodurch natürlich die wissenschaftliche Arbeit stark gehemmt wird. Unter diesem Gesichtspunkt war mein erster Gedanke, ich dürfe mir Ihr freundliches Angebot nicht entgehen lassen. Bei der Beratung mit meiner Frau kamen nun aber auch Fragen zur Geltung, die leider heute auch erwogen werden müssen, nämlich die der Ernährung und Wohnung. Man hört, daß es mit der Ernährung in Baden erheblich schlechter bestellt sei als hier, und insonderheit Neuzuziehende ermangeln naturgemäß zunächst der Verbindungen, die Alteingesessenen das Dasein etwas zu erleichtern vermögen. Weder meine Frau noch ich besitzen die Fähigkeit zur Nahrungssuche, ich kann auch nicht sagen, daß ein dauernd knurrender Magen meine geistige Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigt. Hier kommen wir mit Hilfe von allerhand wohlgesinnten Menschen durch, und ich bin geistig und körperlich rüstig. Hinsichtlich der Wohnung sitzen wir hier in unserem ziemlich arg beschädigten Haus, das aber vor einigen Monaten wenigstens mit einem Notdach versehen werden konnte, sodaß wir bei Regenwetter nicht mehr stundenlang allerorten Sturzbäche abwehren müssen. Meine Bücher und auch ein erfreulicher Teil des Hausrats ist uns erhalten geblieben. Meine Familie besteht zur Zeit außer meiner Frau und mir noch aus meinem jüngsten Sohn (kürzlich aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, glücklicherweise seelisch und körperlich in sehr guter Verfassung) und einer Schwägerin, sodaß wir mindestens eine 5-Zimmerwohnung benötigten, und ich fürchte, daß das auch in Freiburg auf mancherlei Schwierigkeiten stoßen dürfte. In Anbetracht dieser Umstände glaube ich Ihre Fakultät nicht hinhalten zu dürfen, zumal ja auch nicht feststeht, ob Ihr Ministerium viel Neigung hat, einen 59jährigen zu berufen. Nicht verhehlen möchte ich allerdings, daß es mich sehr gefreut hätte, gerade mit Ihnen in ein näheres Verhältnis zu kommen, da mir neben meinem Beruf Theologie und die evangelische Kirche am meisten am Herzen liegen. Seit diesem Monat ist nun auch unsere Universität wieder im Gang, mit starkem Zudrang. Ich bin Dekan und bemühe mich um den Wiederaufbau der Fakultät. Wenn uns gelänge, was wir vorhaben, bekämen wir ein sehr erfreuliches Collegium. Die Schwierigkeiten sind allerdings groß, und da hätte es freilich oft etwas verlockendes, sich durch Wegberufung ihnen zu entziehen. Andererseits denke ich manchmal, daß ich hier mit meinem Pfündlein noch am meisten leisten kann.

Indem ich Ihnen nochmals herzlich danke / für Ihr Vertrauen / bin ich mit besten Empfehlungen / Ihr sehr ergebener / M. Gelzer.«

Ritter hakte im übrigen nochmals nach und offerierte Gelzer per Brief vom 5. 3. 1946 eine Lösung in der Wohnungsfrage (BAK, N 1166/327), doch ohne Erfolg: Gelzers Antwort vom 10. 5. 1946 schloß mit den klaren Worten: *non possumus*.

²⁹ Wirbelauer, s. Anm. *, 120-124 (Anhang Nr. 4 und 6) sowie 113 mit Anm. 24.

³⁰ Angesichts der Tatsache, daß er in der Berufungskommission mitwirkte, und des bereits 1943 bekundeten Interesses an Schaefer darf man Karl Büchner als Autor vermuten. Auch die Betonung der geistesgeschichtlichen Dimension und Kenntnisse Schaefers sowie die mehrfache Erwähnung der Philologie deuten in diese Richtung.

Doch Schuchhardt und Ritter, die bereits bei der Berufung von Vogt auf den Lehrstuhl von Kolbe an entscheidender Stelle mitgewirkt hatten,³¹ sahen sich diesmal Widerständen ausgesetzt, da ein weiterer Kandidat gehandelt wurde:³²

Für die Vogtsche Professur habe die Fakultät an erster Stelle Heuß aus Breslau, aber Nesselhauf, der als Badener und als Bearbeiter der römischen Geschichte des Dekumatenlandes erst Berufener wäre, überhaupt nicht genannt. Ich [sc. Sauer] erbot mich, mit Wohleb diese Frage zu besprechen.

Herbert Nesselhauf erfüllte zwei fachfremde Bedingungen, die ihn für den damaligen Leiter des Kultusministeriums und späteren Staatspräsidenten Leo Wohleb³³ wie auch für »katholizistische« Kreise an der Universität interessant machten: Er war in Karlsruhe geboren, folglich also badischer Herkunft, und er war Katholik. Vermutlich war er bereits vom Studium her Wohleb vertraut³⁴ und hatte sich fachlich in dessen Augen gerade mit seinen landesgeschichtlichen Arbeiten, darunter seine Habilitation und die Arbeit an den Militärdiplomen, bewährt. Zudem hatte Nesselhauf im »Dritten Reich« bereits 1934 keinen Zweifel an seiner abweichenden politischen Überzeugung gelassen und dadurch in den darauffolgenden Jahren manche Zurücksetzung erfahren.³⁵

Doch bevor wir den Gang des Verfahrens weiterverfolgen, bedarf es eines Blickes »hinter die Kulissen«. Denn wie bereits das oben angeführte Zitat deutlich macht, besitzen wir glücklicherweise für die hier zu behandelnde Thematik nicht nur »offizielle« Quellen. So gewähren uns insbesondere die Tagebuch-Aufzeichnungen von Joseph Sauer, damals unzweifelhaft eines der einflußreichsten Mitglieder der Universität, einzigartige Einblicke in die inneruniversitären Stimmungen und Strömungen.³⁶

³¹ Das Verhältnis zwischen beiden war allerdings gerade im Herbst 1945 durchaus gespannt, wie ein im Nachlaß Ritter erhaltener Briefwechsel zwischen beiden zeigt. Schuchhardt hatte am 26.10.1945 seine Beteiligung an den von Ritter organisierten propädeutischen Kursen unter Hinweis auf das anstehende Reinigungsverfahren abgesagt, worauf ihm Ritter gleich am folgenden Tag antwortete. In diesem im Durchschlag erhaltenen Schreiben beklagte er sich »über den ironisch-herablassenden Ton«, mit dem ihm Schuchhardt kurz zuvor bei einer Sitzung begegnet sei, und schloß seinen Brief mit dem Wunsch, »daß auch Sie bald wieder Ihre jetzt bevorzugte Selbstisolierung aufgeben werden.«

³² Tagebuch Sauer (UAF C67/39, vom 15.4.1946); Wiedergabe eines Gesprächs mit Friedrich Metz. Zu den Tagebüchern s. u. mit Anm. 37.

³³ Die Person und vor allem das politische Wirken Wohlebs ist bis heute Gegenstand kontroverser Diskussionen, Hinweise bei Paul Feuchte, Zur Verfassung des Landes Baden von 1947. Menschen – Ideen – Entscheidungen, in: ZGO 143 (= NF 104), 1995, 443-494, hier: 460f. und Anm. 96. Ein bewußt subjektiv gehaltenes »menschliches Porträt«, gewonnen aus eigener Anschauung, das jedoch manche der späteren Urteile verstehen hilft, zeichnet Ernst Glaeser, Köpfe und Profile, Zürich u.a. 1953, 159-167, vgl. ferner auch Gerd Tellenbach, Aus erinnerter Zeitgeschichte, Freiburg 1981, 125-127.

³⁴ Wohleb erfüllte seit Sommersemester 1929 einen Lehrauftrag an der Freiburger Universität (vgl. UAF B3/7 sowie die Einträge im Protokollbuch der Philosophischen Fakultät, UAF B3/797, S. 351, 356, 360 und 379), über deren Besuch die Quästurakten vom Sommersemester 1929 bis zum Sommersemester 1931 Auskunft geben: B17/88-91. Eigenartigerweise ist jedoch keine Personalakte »Wohleb« im Freiburger Universitätsarchiv nachweisbar.

³⁵ Jochen Martin, in: Freiburger Universitätsblätter 127, 1995, 192f. Nesselhauf hatte 1945 Zuflucht bei Verwandten im badischen Steinbach gefunden und im benachbarten Sasbach an der Heimschule Lender im Schuljahr 1945/46 hauptsächlich Latein und Griechisch unterrichtet, vgl. Werner Guldenfels, Hundert Jahre Heimschule Lender, Sasbach bei Achern 1975, 267.

³⁶ Die Bedeutung der Tagebücher gerade für die Zeit 1945-1948 betont auch Arnold, s. o. Anm. 1, 410. Es bleibt zu hoffen, daß jetzt auch weitere Nachlässe, etwa die umfangreiche Korrespondenz von Gerhard Ritter, die in ihrer bislang publizierten Form noch we-

Sie sind zudem seit kurzem durch die minutiöse Untersuchung von Claus Arnold erst richtig auswertbar geworden, da Arnold auf umfassender archivalischer Basis eine Biographie Sauers vorgelegt hat, die es ermöglicht, zahlreiche Anspielungen in den Tagebuchaufzeichnungen zu entschlüsseln.³⁷

Zugleich werden nun die informellen Strukturen deutlicher, deren Bedeutung gerade angesichts der Überschaubarkeit der damaligen Universität kaum unterschätzt werden können.³⁸ So hatte der Pathologe Franz Büchner³⁹ gemeinsam mit den Theolo-

nig Aufschlüsse zur Freiburger Universitätsgeschichte bieten, in vergleichbarer Weise aufgearbeitet werden.

³⁷ Unglücklicherweise liegen die Tagebücher nur noch in ihrer maschinenschriftlichen Übertragung vor (UAF C67/37-42 für den hier interessierenden Zeitraum), da die Originale durch Sauers Schwester bis auf wenige Ausnahmen verbrannt wurden, vgl. Arnold, s. o. Anm. 1, 26. Dadurch ist es nicht mehr möglich, die zahlreichen Schreibfehler und die offensichtlichen Auslassungen, die bei der Transkription vorgenommen wurden, am Original zu überprüfen und richtigzustellen. So wird man auch in Zukunft darauf hoffen müssen, daß die verschiedenen Leser aus ihrer Kenntnis den einen oder anderen Fehler berichtigen werden. Ein Beispiel sei hier angeführt, da es einen Althistoriker betrifft: Nach Angaben von Sauer (UAF C67/38) wurde in der Senatssitzung am 3.8.1945 »über den Besuch des Vertreters des Schweizer Hilfscomités, Walter« berichtet. Dieser habe mitgeteilt, »daß in großem Umfang Schulbücher und Klassikerausgaben von der Schweiz geliefert werden könnten, unter Umständen auch Lehrer, und für die Universität Freiburg sei daran gedacht, teilweise eine Internationalisierung durchzuführen, Studenten und Gastprofessoren aus der Schweiz und Frankfurt [gemeint ist doch wohl: Frankreich] zu schicken, aber ohne Anspruch auf Gegenseitigkeit, worauf das Angebot abgelehnt wurde.« Bereits durch Vergleich mit dem Protokollbuch der Philosophischen Fakultät (UAF B3/798) wird die Identität dieses Schweizer deutlicher: In der Besprechung vom 6. 8. 1945 berichtet Dekan Brie u.a. über die »Schweizer Kommission für Deutschland-Hilfe unter Führung von Dr. Walser. (Bereitwilligkeit zur Lieferung von Lehrkräften und Lehrmitteln. Für die Philos. Fakultät sind 10 Baracken angeboten. Angebot von Austausch [?] mit Gastvorlesungen schweizerischer, französischer und amerikanischer Dozenten). Der Dekan bittet die Mitglieder der Fakultät zusammenzustellen, was sie an Lehrmaterialien von Seiten der Schweizer Kommission wünschen und empfiehlt dazu Direktor Rest [Leiter der Universitätsbibliothek, E.W.] heranzuziehen.« Offenbar war man also gerne bereit, die angebotene materielle Hilfe anzunehmen, verschloß sich aber zugleich weitergehenden Avancen. Im Falle von Sauer ist dies durchaus verständlich, war doch die angesprochene »Internationalisierung« mit seinen eigenen Intentionen, den Anteil badisch-katholischer Kräfte am Lehrkörper zu fördern, nur schwer zu vereinbaren. Zu den karitativen Aktivitäten des Basler Althistorikers Gerold Walser (1917-2000) in den Nachkriegsjahren in Südbaden und insbesondere in Freiburg vgl. dessen eigenen Rückblick: »Denk ich an Deutschland in der Nacht ...«, in: Historische Mitteilungen 4, 1991, 279-306, sowie auch Tellenbach, s. Anm. 33, 118f. Wie aus dem Protokollbuch der Fakultät (UAF B3/798, 10.4.1948) hervorgeht, war Walser trotz damals noch ausstehender Habilitation sogar als Nachfolger von Vogt in die Diskussion gebracht worden. Dies wurde in der gen. Sitzung zwar abgelehnt, doch bewilligte man ihm in Anerkennung seiner »Verdienste um die Universität« und weil »seine Mitarbeit erwünscht« sei, »eine Bezahlung auf einer zur Zeit unbesetzten Assistentenstelle«. Walsers Lehrtätigkeit, die bereits im Wintersemester 1946/47 mit einer »Tacitus«-Übung begonnen hatte, wurde somit noch vor der Berufung Nesselhaufs am Seminar fest verankert (vgl. auch UAF B24/3999, Schreiben des Dekan Büchner an das Kultusministerium vom 17. 4. 1948). Zum 1.10. 1951 übernahm er eine Stelle am neugegründeten Pädagogischen Institut der Unesco, betrieb aber zugleich, von Nesselhauf gefördert (und von Ritter, vgl. dessen Gutachten zur Habilitationsschrift: BAK N 1166/308 vom 31.10.1952), seine Habilitation. Am 6.2.1953 verlieh die Fakultät Walser die *Venia legendi* für Alte Geschichte, und noch vor der Beendigung des Habilitationsverfahrens (nach der Antrittsvorlesung am 9.7.1953) erhielt er einen Ruf nach Bern, dem er folgte.

³⁸ Bereits wenige Wochen nach dem Einmarsch der Franzosen in Freiburg (am 21.4.1945) begannen von verschiedenen Seiten Bemühungen, Spielräume für politisches Handeln auf der Basis christlicher Werte auszuloten. Während aber ehemalige Zentrumspolitiker wie Föhr (vgl. Anm. 48) an eine Wiederbelebung des politischen Katholizismus, also an eine Wiedergeburt des »Zentrums«, dachten, bemühten sich die Universitätsmitglieder Franz Büchner (kath., zur Person s. folgende Anm.) und Constantin von Dietze (evang.; 1891-

gen Arthur Allgeier⁴⁰ und Joseph Sauer sowie dem Historiker Clemens Bauer⁴¹ einen Zirkel begründet, der sich die »bessere Unterbringung von Katholiken im Lehrkörper der Universität zum Ziel« gesetzt hatte und dessen Entwicklung sich dank der Tagebücher von Sauer einigermaßen nachvollziehen läßt.⁴² Am 27. Juli 1945 fanden sich Allgeier, Bauer und Büchner morgens um 9 Uhr bei Sauer ein,⁴³

um eine aus den Verhältnissen sich ergebende Angelegenheit mit mir [sc. Sauer] zu besprechen. Es habe sich aus der über uns gekommenen Katastrophe als Notwendigkeit ergeben, daß wieder positiv christlicher Geist in unsere Universität einziehen müsse, und das könne nur geschehen durch Professoren, die solchen Geistes seien. Daher in Freiburg, in einem Gebiet, das vorwiegend katholisches Hinterland um sich habe, die Forderung nach positiven Katholiken. Die Berechtigung dieser Forderung müsse damit begründet werden, daß es in manchen Fakultäten geradezu als Grundsatz galt: Katholiken können nicht in Frage kommen. Es müßten also zunächst die Beispiele für Zurücksetzung von Katholiken aus der neueren Zeit zusammengestellt werden und dann eine Denkschrift dem Rektor vorgelegt werden. Da ich auf 10 Uhr in die Sitzung des Reinigungsausschusses bestellt war, zu dem auch Allgeier zu gehen hatte, mußten wir die Beratung abbrechen ...

Anders als man vielleicht aus Sauers Darstellung vermuten würde, hatte er sich aber schon einige Wochen zuvor mit dieser Sache beschäftigt. Wie sich aus dem Tagebuch von Franz Büchner ergibt, hatten Büchner und Sauer bereits am 3. Juli 1945 eine »ausführliche Besprechung über die Universitätsangelegenheiten«. Büchner notierte hierzu u.a.:⁴⁴

Ausführlich bespreche ich auch mit ihm [sc. Sauer] die Frage einer christlichen Hochschule, eines Zusammengehens mit den Kollegen der Bekenntniskirche sowie die Frage des stärkeren Einflusses der Katholiken im Lehrkörper der Hochschule. Es wäre jetzt die Gelegenheit gegeben, den Lehrstuhl des Internisten und des Gynaekologen mit guten katholischen Kräften zu besetzen, wenn grundsätz-

1973, vgl. Hans Harro Bühler, in: Bernd Ottnad (Hrsg.), Baden-Württembergische Biographien 1, Stuttgart 1994, 60–63) um die »vorpolitische Sammlung der christlichen Kräfte beider Bekenntnisse unserer Stadt« in der sog. Christlichen Arbeitsgemeinschaft, die zu einer der Wurzeln der CDU werden sollte; vgl. Paul-Ludwig Weinacht, Die Christliche Arbeitsgemeinschaft in Freiburg i. Br., in: Freiburger Universitätsblätter Heft 102, 1988, 53–68 (das Zitat ebd. 54, zur Ausrichtung der Freiburger Universität ebd. 57f.) sowie Max Müller, Auseinandersetzung als Versöhnung. *πόλεμος και ειρήνη*. Ein Gespräch über ein Leben mit der Philosophie, hrsg. von Wilhelm Vossenkuhl, Berlin 1994, 113, 115.

³⁹ Zu Franz Büchner (1895–1991) s. Eduard Seidler, Die Medizinische Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau. Grundlagen und Entwicklungen, Berlin/Heidelberg 1991, *passim*, Müller, s. vorige Anm., 310. Büchner hat unter dem Titel »Pläne und Fügungen« selbst recht umfangreiche »Lebenserinnerungen eines deutschen Hochschullehrers« publiziert (München/Berlin 1965). Ergänzt werden diese durch maschinenschriftlich erhaltene Tagebuchaufzeichnungen Büchners, die sich im Familienbesitz befinden und die mir dessen Sohn Christoph Büchner zur Auswertung für die hier diskutierte Thematik dankenswerterweise zur Verfügung stellte, vgl. auch Anm. *.

⁴⁰ Arthur Allgeier (1882–1952), seit 1919 Professor für Altes Testament in Freiburg, vgl. Müller, s. Anm. 38, 305; Arnold, s. o. Anm. 1, 318 mit Anm. 54 u. ö.

⁴¹ Clemens Bauer (1899–1984), seit 1938 Professor für Mittelalterliche und Neuere Geschichte, vgl. Hugo Ott, in: Bernd Ottnad (Hrsg.), Badische Biographien NF 2, Stuttgart 1987, 18–22.

⁴² Arnold, s. o. Anm. 1, 415–419, bietet eine erste Darstellung dieses Kreises, doch soll diese hier unter Rückgriff auf weitere Zitate aus Sauers Tagebuch ergänzt werden.

⁴³ Tagebuch Sauer, UAF C37/38, 27. 7. 1945.

⁴⁴ Im Familienbesitz, vgl. Anm. 39.

lich von der Besatzungsbehörde aus Wert darauf gelegt würde. Er stimmt lebhaft zu und bittet mich, in dieser Angelegenheit bei dem Erzbischof vorzusprechen.

Eine weitere Zusammenkunft der »Dreiergruppe« (Sauer)⁴⁵ fand am Vormittag des 2. August 1945 statt:

Bauer hatte schon eine Zusammenstellung der für das akademische Leben brauchbaren Gelehrten mitgebracht.

Erst zum 9. September 1945 findet sich dann der nächste Hinweis auf ein weiteres Zusammentreffen:

Ein trüber regnerischer Sonntag ... Um 4 Uhr kamen Allgeier, Bauer und Büchner, um die Frage einer besseren Vertretung der Katholiken an den Universitäten zu besprechen. Ich zeigte erst einige Photos von den Malereien in den kappadokischen Höhlenkirchen. Es wurde dann in zwanglosem Gespräch erzählt, daß Ruby⁴⁶ eine Denkschrift über Ritter an die Franzosen gerichtet hätte mit Auszügen aus seinen Büchern, Reden und vor allem Feldpostbriefen, um seinen chauvinistischen, pangermanistischen, aggressiv protestantischen Geist zu beleuchten. Von Schuchhardt ist jetzt eine kurze Verteidigung seiner Aussprache mit Cons gegen Böhm an den Rektor gegangen. Die Situation ist für unsere Aktion durch diese Schüsse unverantwortlicher Kreise aus der Nacht erheblich verschlechtert worden und es wurde beschlossen, Ruby und Fleig⁴⁷ einfach zu unsern weiteren Besprechungen einzuladen, um sie an die Kette zu legen. Ob das glückt, ist noch eine Frage; für uns wird aber sich ergeben, sehr diskret alle Universitätsangelegenheiten zu besprechen ...

An der nächsten Versammlung der »Kommission für bessere Unterbringung von Katholiken im Lehrkörper der Universität (Büchner, Bauer, Allgeier)«, am 15. September 1945 um 16 Uhr, nahm nun auch Ruby teil,

der zunächst seine an die Franzosen am 16. Juli gerichtete Denkschrift über eine Reform der Universität vorlas. Weg mit allem Preußentum und norddeutschem Geist, Wiederherstellung des alemannisch-schwäbischen Geistes, der seit 100 Jahren hier zurückgedrängt wurde zu Gunsten eines maßlos sich gebenden, militaristischen Drills. Ruby will ein positiv christliches Gremium schaffen helfen.

Im folgenden machten Sauer und die übrigen Anwesenden deutlich, daß ihnen solche Gedanken bei aller Wertschätzung einer katholischen Grundhaltung und bei aller Absicht, den Anteil katholischer Professoren innerhalb der Universität zu steigern, doch fern lagen:

Seine [sc. Rubys] Ausführungen konnten niemanden vollständig befriedigen, da sie zu eng provinciale Schranken verlangen und auch die wertvollen Seiten norddeutschen Geistes übersehen. Büchner machte geltend, daß durch solche Sonderaktionen bei den Franzosen unsere eigenen wichtigen Bestrebungen durchkreuzt und

⁴⁵ Das Zitat aus Büchners Tagebuchaufzeichnungen zeigt, daß dieser Ausdruck keineswegs als Distanzierung Sauers mißverstanden werden darf.

⁴⁶ Josef Ruby, 1885-1960, Nationalökonom und Versicherungsdirektor in Freiburg aus katholischem Milieu, der ab Sommer 1945 mehrfach versuchte, sich in politischen Kreisen Gehör zu verschaffen, vgl. Werner Köhler, Freiburg i. Br. 1945-1949. Politisches Leben und Erfahrungen in der Nachkriegszeit, Freiburg 1987 (Veröffentlichungen aus dem Archiv der Stadt Freiburg im Breisgau 21), 277 sowie 43f., 46, 52, 232; ferner: Arnold, s. o. Anm. 1, 417 mit Anm. 58.

⁴⁷ Paul Fleig, 1899-1967, 1945 Kreisoberschulrat, vgl. Müller, s.o. Anm. 38, 317.

verunmöglicht würden. Auch die wertvollen Pläne, besonders auch zur Wiederherstellung des Unrechtes an uns Katholiken, bei der Universität würden unter Umständen schwer gefährdet. Darum wünschte Allgeier, daß vorherige Fühlungsnahme in Zukunft stattfinden soll, bevor solche Schritte unternommen würden, wie der jetzt gemachte. Ruby hatte gleich eingangs bemerkt, er habe absichtlich mit Professoren sich nicht vorher verständigt, um sie nicht in Verlegenheit zu bringen. Im weiteren Gespräch ergab sich immerhin, daß Föhr⁴⁸ als Ziel es hingestellt habe, überall Katholiken in vakante Lehrstellen hineinzubringen. Es schade gar nichts, wenn auch einmal 10 Jahre hindurch weniger große Celebritäten auf Lehrstühlen säßen. Gegen eine solche von Ruby auch nicht anerkannte Auffassung legten wir einmütig Verwahrung ein.⁴⁹

Zum 20. September 1945 trug Sauer folgendes in sein Tagebuch ein:

... Anschließend fand von 11½ bis 1¼ Uhr eine Aussprache von mir, Allgeier, Büchner und Cl. Bauer über die bessere Vertretung der Katholiken an den Hochschulen mit Prof. Fleig statt. Sie lüftete etwas das Dunkel hinter den Kulissen und zeigte, daß Fleig mit seinen ungenannten Gesinnungsgenossen mit allen Mitteln und Gewalt Lehrstühle zu Gunsten von jungen Katholiken erobern wollte, unbekümmert um die Befähigung. Was wir anstrebten, sei viel zu langsam und verfehle den jetzigen günstigen Moment. Man sah hier ganz in die Föhorsche Atmosphäre hinein und bekam ein genaues Echo von den seinerzeitigen heftigen Leitartikeln im »Beobachter«⁵⁰ oder von Wackerschen Landtagsreden⁵¹ zu hören. Wir machten Fleig mit allem Nachdruck klar, daß seine Taktik alle Chancen unserer Aktion ver-eitle und eine Atmosphäre der Verbitterung und der Gehässigkeit der Universitätskreise gegen alles Katholische schaffen müsse. Das würde die ganze feindselige Haltung der Professoren gegen Katholiken wieder neu entfachen. Wir ließen uns versprechen, daß keine Schritte in Universitätsfragen in Zukunft unternommen werden sollen, ohne daß man uns vorher verständigt. Merkwürdig, daß auch Fleig genau wie Ruby jede nähere Fühlungsnahme mit Föhr in Abrede stellt: *Credat Judäus Apella!*⁵²

Wie kaum anders zu erwarten, blieben diese »katholizistischen« Aktivitäten nicht verborgen. In der Senatssitzung am 24. Oktober 1945 kam es dann zum Eklat, als der Rektor von der Ablehnung Ritters als Leiter des Propädeutischen Kurses seitens der französischen Militärregierung berichtete.⁵³ Sauer beschreibt in seinem Tagebucheintrag die folgende Szene sehr anschaulich:

Ritter meldete sich sofort zu Wort und erklärte mit dem Ausdruck erregter Erbitterung, er werde auch das Amt des Senators niederlegen. Es sei ihm ganz klar, woher die Hetze gegen ihn komme; es seien die Kreise, die von allem Anfang an alles Norddeutsche, Preußisch-Protestantische aus dem Lande verweisen wollten. Ich [sc. Sauer] meldete mich zu Wort und sprach über unsere Bemühungen, hinter die Sache blicken zu können in Aussprachen mit Ruby, Fleig und Föhr, von denen jeder die Fühlungsnahme mit den anderen verleugnete und diese denunziatorischen

⁴⁸ Prälat Ernst Föhr (1892-1976), kath. Geistlicher und Zentrumspolitiker, vgl. Franz Kern, in: Baden-Württembergische Biographien 1 (s. o. Anm. 38), 89-92.

⁴⁹ In Kenntnis dieser Auseinandersetzungen erscheint auch der eingangs (s.o. mit Anm. 1) zitierte Bericht »über die gewohnheitsrechtliche Übung im Berufungsverfahren bei der Besetzung von Lehrstühlen« in neuem Licht, der von Sauer zwei Tage später, am 17. 9. 1945, fertiggestellt und dessen politische Bedeutung ihm nunmehr hinreichend klar geworden sein dürfte.

⁵⁰ Der »Badische Beobachter« war bis zu seiner Einstellung zum Jahresende 1935 das »Hauptorgan der Badischen Zentrumspartei«.

⁵¹ Theodor Wacker, 1845-1921, kath. Geistlicher und Zentrumspolitiker.

⁵² Sauer spielt hier auf Hor. serm. 1, 5, 100f., an: *Credat Judäus Apella / non ego.*

⁵³ Zur negativen Einschätzung von Ritter in den französischen Kreisen vgl. auch Blänsdorf, s. o. Anm. 10, 1f. mit Anm. 3; vgl. auch unten S. 138 mit Anm. 78.

Wühlereien rundweg bestritt. Ich bemerkte, daß es wenige machtsüchtige Persönlichkeiten ohne Gefolgschaft seien, vom Ehrgeiz besessen, die alten politischen Rollen wieder spielen zu können, aber abgelehnt von der weit überwiegenden Mehrzahl der Katholiken, besonders auch scharf vom Erzbischof. Ritter dankte sichtlich erleichtert für meine Aufklärungen, er sei seit 1908 in Baden und habe zahlreiche kath. Geistliche und Ordensleute zu Schülern gehabt, ohne daß auch nur je eine Klage über ihn laut wurde. ...

Claus Arnold, dem – wie bereits erwähnt – das Verdienst zukommt, die Aktionen der ›Vierergruppe‹ Allgeier, Bauer, Büchner und Sauer erstmals im Zusammenhang behandelt zu haben, resümiert deren Aktivitäten so: »Ritter konnte damit tatsächlich beruhigt sein, denn das Programm, das Sauer und seine drei Mitstreiter sich gesetzt hatten, war im Grunde nur das alte Motto der Görres-Gesellschaft: Parität mit den Protestanten bei wissenschaftlicher Gleichwertigkeit.«⁵⁴ Wenn man allerdings an die von Arnold nicht erwähnte Liste Bauers denkt sowie miteinbezieht, daß die Gruppe über enormes strategisches Potential verfügte, indem sie nicht nur in drei Fakultäten sowie im Senat⁵⁵ vertreten war, sondern mit Allgeier und Büchner 1946 auch das Rektorat in ihren Händen hatte, stellt sich die Frage erneut, welche Wirkung dieses Netzwerk an der Freiburger Universität in den ersten Nachkriegsjahren entfalten konnte. Dies kann hier natürlich nicht weiter verfolgt werden, doch sei zumindest festgehalten, daß etwa die Berufung des Philosophen Max Müller (1946),⁵⁶ die zahlreichen Bemühungen um den Mediävisten Johannes Spörl⁵⁷ und nicht zuletzt auch die Aktivitäten im Falle der Alten Geschichte aus diesem Geist heraus betrieben worden sind, wie aus den Aufzeichnungen Sauers deutlich wird.⁵⁸

Kehren wir nun wieder zu unserem eigentlichen Thema, der Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Alte Geschichte, zurück: Die Vorschlagsliste war am 2. Juli 1946 vom

⁵⁴ Arnold, s. o. Anm. 1, 418.

⁵⁵ Sauer war seit 1945 als Senior im Senat und war damit zugleich Sprecher dieses Gremiums. Er dürfte sich, auch wenn mir bislang kein explizites Zeugnis dafür bekannt ist, dabei durchaus in der Rolle des altrömischen *princeps senatus* gesehen haben. Jedenfalls vermitteln seine Interventionen mehrfach diesen Eindruck, vgl. z. B. sein oben wiedergegebenes Auftreten gegenüber Ritter am 24. 10. 1945.

⁵⁶ Vgl. u. Anm. 67.

⁵⁷ Dies geht aus zahlreichen Einträgen im Tagebuch Sauers hervor und läßt sich zudem am Protokollbuch der Philosophischen Fakultät nachvollziehen. Daß dies auch zu Unmut in der Fakultät führte, macht der Bericht Tellenbachs vom 17. 12. 1947 (vgl. unten mit Anm. 93) deutlich. Zur Person Spörls und zu seinem Wirken im Rahmen der ›Görres-Gesellschaft‹ vgl. Müller, s. Anm. 38, 152-154 und 347; zu seiner Herausgebereigentätigkeit beim ›Historischen Jahrbuch‹ s. auch Ursula Wiggershaus-Müller, Nationalsozialismus und Geschichtswissenschaft. Die Geschichte der Historischen Zeitschrift und des Historischen Jahrbuchs von 1933-1945, Hamburg 1998 (Studien zur Zeitgeschichte 17), bes. 91-93, vgl. auch 260.

⁵⁸ Das Urteil von Dieter Speck, Die Freiburger Universität am Kriegsende, in: ZGO 143 (= NF 104), 1995, 385-441, hier 426 (»Offensichtlich war diesem Kreis aber kein allzugroßer Erfolg beschieden und eine längere Wirkung läßt sich nicht verfolgen.«) trifft zwar auf der 'institutionellen' Ebene zu, insofern sich dieser Kreis nach Oktober 1945 tatsächlich nicht mehr getroffen zu haben scheint (soweit dies aus den Aufzeichnungen Sauers hervorgeht). Da aber zumindest unter dreien der Mitglieder Konsens über die Ziele herrschte (nämlich unter Allgeier, Büchner und Sauer; zur nach Sauers Ansicht unzureichenden Unterstützung von Seiten Bauers in Sachen Nesselhauf im Juni 1947 s. u. S. 140 mit Anm. 82), bedürfte es einer kritischen Überprüfung der Freiburger Berufungsverfahren nach Sommer 1945, um weiterführende Aussagen über seine Wirkung zu treffen. Eine nützliche Vorarbeit hierzu (freilich ohne Hinweise zur konfessionellen Bindung der Bewerber) bietet: Eduard Seidler, Die Medizinische Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau. Grundlagen und Entwicklungen, Berlin/Heidelberg 1991, 409-419. Vgl. in diesem Zusammenhang auch das Zitat aus den Tagebuchaufzeichnungen Franz Büchners oben S. 130 mit Anm. 44.

Senat offenbar ohne weiteres angenommen worden,⁵⁹ und in der darauffolgenden Sitzung am 10. Juli 1946 kam man nur aus Anlaß der Protokollverlesung nochmals auf sie zu sprechen. Jetzt aber trat Rektor Allgeier auf den Plan und löste damit eine erregte Debatte aus, die Sauer so beschreibt:⁶⁰

Der Rektor beanstandete, daß ihm bisher darüber nichts bekannt geworden sei und der Senat habe doch ein Recht, in solchen Fragen mitzureden. Das brachte Heiß⁶¹ in höchste Aufregung: für seine Fakultät sei die Liste ein für allemal beschlossene Sache. Wenn der Senat sich herausnehmen wolle, sie zu ändern, müsse er sein Amt niederlegen. Der Rektor machte nochmals darauf aufmerksam, daß es Recht und Pflicht des Senates sei mitzureden, um so mehr, als gerade bei der Liste doch mancherlei Wünsche noch offen geblieben seien, so daß nicht auch eine zweifellos geeignete Persönlichkeit wie Nesselhauf berücksichtigt worden sei. Ritter erwiderte darauf, daß an Nesselhauf ja wohl gedacht worden sei, man aber doch gefunden hätte, daß Heuß-Breslau ihm an Lehrerfolg und wissenschaftl. Gelehrtheit weit überlegen sei, und daß wenn man Nesselhauf auch nur an letzter Stelle genannt hätte, er zweifellos auch genommen worden sei. Also um ihn auszuschalten, hat man ihn nicht nominiert. Mitgespielt muß auch weiter haben, wie Metz meinte, daß man den Katholiken Nesselhauf nicht haben wollte. Die Aussprache ging damit zu Ende und man schied mit dem Bewußtsein, daß der Karren gründlich verfahren sei.⁶²

In der Tat war Allgeier in der Sitzung vom 2. Juli nicht anwesend gewesen, und sein Vertreter, Prorektor Büchner,⁶³ hatte offenbar die Liste passieren lassen. Die Motive hierfür sind freilich unklar, da das konfessionelle Argument auch in den kommenden Monaten noch eine große Rolle spielen sollte. Vielleicht hatten die Gegner einer stärkeren Berücksichtigung katholischer Kandidaten bei Berufungen, in der Diktion Sauers die »kulturkämpferische Gruppe« um Schuchhardt und Heiß (hier auch unterstützt von Ritter), einfach nur einen günstigen Zeitpunkt getroffen, um die Liste durch den Senat zu bringen. Ob damit freilich der Ruf an Heuß, der nach dem Wunsch der Fakultät bereits die Lehrstuhlvertretung übernehmen sollte,⁶⁴ wirklich ausgesprochen worden wäre, erscheint eher zweifelhaft. Längst dürfte Sauer (und nicht nur er) die Sache im Ministerium bereits zur Sprache gebracht haben, auch wenn kein direktes Zeugnis vorliegt, wann Sauer seine gegenüber Metz am 15. April angebotene Hilfe umsetzte.⁶⁵ Es gilt zudem, sich die Situation dieser Jahre zu verdeutlichen: Die Wege waren so kurz wie noch nie in der Freiburger Universitätsgeschichte (und wie auch später nie mehr!), residierte doch das Bad. Ministerium des Kultus und Unterrichts damals in der Schloßbergstraße, also gleichfalls im Zentrum Freiburgs. Die Berufung von Heuß wäre also von vornherein nur möglich gewesen,

⁵⁹ UAF B12/3.

⁶⁰ UAF C67/40.

⁶¹ Robert Heiß (1903–1974), seit 1943 Prof. für Philosophie und Psychologie in Freiburg, damals Dekan der Philosophischen Fakultät, vgl. Müller, s. o. Anm. 38, 323.

⁶² Am folgenden Tag (11. Juli) trafen sich Sauer und Schuchhardt zufällig auf der Straße: »Schuchhardt ... begleitete mich in meine Wohnung, um Karos Adresse zu holen; dabei kam er auch auf die Aussprache über die Professur für alte Geschichte im Senat zu sprechen, und er brachte auch die gleichen Gründe vor, die schon Ritter vorgetragen hatte.«

⁶³ Den Weiterleitungsvermerk (der auf den Vortag der Senatssitzung datiert ist, vgl. Anhang Nr. 1 am Ende) hatte ebenfalls F. Büchner statt des Rektors gezeichnet.

⁶⁴ Protokoll der Fakultätssitzung vom 11.5.1946: »Die Frage der Nachfolge Vogt, der den Ruf nach Tübingen angenommen hat. Die Fakultät beauftragt den Dekan [Heiß, E.W.], mit Cdt. Lacant wegen einer vorläufigen Vertretung des Lehrstuhls durch Herrn Heuss in Verbindung zu treten.«

⁶⁵ Vgl. den oben zitierten Tagebucheintrag von Sauer.

wenn sich das Ministerium an die eingangs zitierten Grundsätze gehalten hätte, die ausgerechnet Joseph Sauer ein knappes Jahr zuvor ausgearbeitet hatte.

In der Fakultätssitzung vom 13. Juli 1946 berichtete Ritter über die Senatssitzung vor drei Tagen: Die Liste sei seit April auf dem Rektorat liegengeblieben. Inzwischen habe die Militärregierung ihre Einwilligung zur provisorischen Ernennung von Heuß gegeben, obgleich ihr noch kein Antrag vom Rektor und vom Senat vorliege. Die Liste sei in der vorletzten Senatssitzung »endgültig angenommen« und ein Beschluß zur »Weiterleitung« gefaßt worden. In der letzten Senatssitzung, eben der vom 10. Juli, habe der Rektor erklärt, daß er über die Liste nicht informiert gewesen sei und Nesselhauf vermisste. Darüber habe er bereits mit Lacant Rücksprache genommen.⁶⁶ Daraufhin habe der Dekan, also Heiß, Einspruch erhoben und die Senatssitzung verlassen.

Erwartungsgemäß billigte die Fakultät dieses Verhalten ihres Dekans. Es schloß sich nun eine »grundsätzliche Erörterung der Frage von Bevorzugung von Badnern« an. Diese sei nur *inter pares* akzeptabel, ein Standpunkt, den auch die Militärregierung und das Ministerium so vertreten würden. Die Berufung von Max Müller solle eine »einmalige Ausnahme« bleiben, weil »die Fakultät aufgrund der besonderen Lage sich mit der Berufung des an dritter Stelle Vorgeschlagenen⁶⁷ von vornherein für einverstanden erklärt« habe.

In der folgenden Woche, am 20. Juli 1946, stand die »Frage der Berufung Heuss [!]«⁶⁸ erneut auf der Tagesordnung, wobei schon die Bezeichnung des Themas die Haltung der Fakultät klar zu erkennen gibt. Dekan Heiß berichtete über eine »Anfrage bezüglich der Konfessionszugehörigkeit und Verdacht konfessioneller Neigungen der Fakultät«. Dem Protokoll zufolge stamme dieser Verdacht »aus Kreisen der Stadt«, doch seien Rektorat und Ministerium »über die Haltung der Fakultät, die diesen Gesichtspunkt bei keiner Berufungsfrage überhaupt berührt hatte, klar orientiert.«

Zum besseren Verständnis verhilft wiederum ein Blick in Sauers Tagebuch. Unter dem 24. Juli 1946 berichtet er ausführlich:⁶⁹

Kurz vor 12 Uhr kam Büchner [sc. Prorektor Franz Büchner] und berichtete, Wohleb habe, als er mit Heiß die Liste zur Besetzung der Professur Vogt vorlegte, zuletzt die Frage nach dem Bekenntnis der Kandidaten gestellt; Heiß habe mitgeteilt, daß der an 1. Stelle Stehende Protestant, der an 2. Schaefer Katholik sei, worauf Wohleb dann frug, weshalb dann Schaefer nicht an erster Stelle gesetzt worden sei. Es ginge doch nicht an, daß an einer Universität in einem weit überwiegend katholischen Gebiet fast nur Protestanten als Professoren wirkten. Man müsse sich klar machen, daß in einem Jahr hier in Freiburg ein Landtag tage, der auch das Budget der Universität zu votieren habe und dann sicherlich auch diese Frage auf-

⁶⁶ Hier wird schlaglichtartig deutlich, daß die französische Militärregierung immer der Gefahr ausgesetzt war, von einzelnen Interessengruppen, etwa innerhalb der Universität, vereinnahmt zu werden.

⁶⁷ So auch das Protokoll der Fakultätssitzung vom 15.6.1946, in der die Liste verabschiedet wurde. Nach dem Senatsprotokoll (UAF B12/3 vom 17.7.1946, Punkt 11, vgl. Müllers eigene Darstellung, s. o. Anm. 38, 244 und 249) war Müller auf der Liste für den Konkordatslehrstuhl an zweiter Stelle nach Alois Dempf und *pari loco* mit Jakob Barion genannt worden. Müller dürfte für diejenigen, die sich gegen die Berücksichtigung von Nesselhauf auf der Liste ausgesprochen hatten, ein warnendes Beispiel abgegeben haben. Dies klingt auch im Protokoll der Fakultätssitzung nach.

⁶⁸ Die Formulierung zeigt, wie weit das Verfahren zumindest nach Ansicht des Protokollanten der Sitzung, H. Gundert, bereits gediehen war – eine Fehleinschätzung, wie sich herausstellen sollte.

⁶⁹ UAF C67/40.

werfen werde. Büchner bemerkte mir [gegenüber] dann, daß er in der heutigen Senatssitzung diese Frage auch zur Aussprache bringen wolle.

Am Nachmittag fand dann die angesprochene Senatssitzung statt:

... Büchner bemerkt(e) dann, daß Wohleb ihm und Heiß gegenüber bei Vorlage der Liste für die Professur für Alte Geschichte gefragt habe, wie das konfessionelle Verhältnis der 3 Kandidaten liege. Heiß habe zugeben müssen, daß er es nicht kenne, daß er aber glaube, daß der erstgenannte Heuß evangelisch, der an 2. Stelle stehende Schaefer wohl katholisch sei und über den 3. keine Vermutung zu bekommen sei. Worauf Wohleb bemerkte, daß dieser Punkt nicht ernst genug genommen werden könne; in einer Universität, die in einem vorwiegend katholischen Land liege, müsse auch eine entsprechende Vertretung der Katholiken im Lehrkörper angestrebt werden, schon im Hinblick auf den künftigen Landtag, der das Budget der Universität zu votieren habe. Büchner führte das dann noch weiter grundsätzlich aus, worauf Ritter sehr erregt droht, daß er bei Durchführung dieser Forderung alle seine Ämter im Senat niederlegen werde. Zentgraff beantragte eingehende spätere Besprechung. Eucken und Öhlkers äußerten sich vorsichtig zurückhaltend. Ich erinnere Ritter an den Presse Sturm, der seiner Zeit bei seiner Berufung inszeniert wurde, in dem gerade ich der Theologe diese Berufung verteidigt habe. Es wurde beschlossen, die Aussprache in 8 Tagen fortzusetzen. ...

Nun saßen beide Seiten in der Klemme, und damit schwanden die Chancen sowohl für Heuß wie auch für Nesselhauf. Aus dem Ministerium erreichten die Fakultät Signale, daß der zweite der Liste, der Katholik Schaefer, in engere Wahl gezogen werde. Allein, es müsse noch die Frage der ›Reinigung‹ geklärt werden.⁷⁰ Doch diese Anzeichen eines Kompromisses trogen, offenbar hatten die Nesselhauf-Anhänger wieder Boden gut gemacht: Am 26. Oktober 1946 berichtet der Dekan über die Besetzung des philosophischen und althistorischen Lehrstuhls:

[...] Althistorischer Lehrstuhl: *alter* Wunsch des Rektors und Prorektors entgegen dem Vorschlag der Kommission, Nesselhauf zu berufen, auf Wunsch von ›Freiburger Kreisen‹, unterstützt von Dr. Wohleb. Offenbar Missverständnis, Verdacht der konfessionellen Gebundenheit der Fakultät. Die Diskussion ergibt *erneut* die Stichfestigkeit der Liste; die Fakultät entscheidet *einstimmig* unter allen Umständen zu der Liste zu stehen und die Konsequenzen durchzusetzen; sie beauftragt dazu den Dekan, die Entscheidung der Fakultät beschleunigt zur Geltung zu bringen und darauf zu bestehen, dass verfassungsmässig vorgegangen wird, den Standpunkt der Fakultät jedoch in voller Schärfe erst zur Geltung zu bringen, nachdem durch erneute Rücksprache mit Dr. Wohleb die Haltung des Ministeriums geklärt wurde.

Die hier kursiv wiedergegebenen Wörter hatte der Protokollant der Sitzung, Hermann Gundert, selbst über der Zeile hinzugefügt. Sie zeigen klar, daß den Sitzungsteilnehmern (in der Reihenfolge des Protokolls: Heiss, Maurer, Bauch, Zenck, Lohmann, Büchner, Gundert, Gurlitt, Brie, Ritter, Schuchhardt, Tellenbach, Friedrich – es fehlen also u.a. Clemens Bauer und Max Müller) an der Dokumentation einer möglichst entschiedenen Position gelegen war. Inzwischen litt auch der Seminarbetrieb immer mehr unter dem schwebenden Verfahren, was auch den Mitgliedern der

⁷⁰ Mitteilung unter Punkt 10 in der Fakultätssitzung vom 19. 9. 1946. Zum Verfahren generell s. Reinhard Grohnert, Die Entnazifizierung in Baden 1945–1949. Konzeptionen und Praxis der ›Eputation‹ am Beispiel eines Landes der französischen Besatzungszone, Stuttgart 1991 (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, B 123), bes. 136–143.

Fakultät bekannt war, denen in derselben Sitzung die »Absage der althistor. Kurse durch Dr. Breithaupt«⁷¹ mitgeteilt wurde.

Doch der Konflikt hatte sich inzwischen verlagert. In den nächsten Monaten konnte sich das Ministerium gleichsam zurücklehnen und beobachten, wie sich Fakultät und Rektor bzw. Senat um die Eingriffsmöglichkeiten in Vorschlagslisten stritten.⁷² Das Ministerium sollte zwar laut eines Fakultätsbeschlusses vom 19. November 1946 nochmals aufgefordert werden, »daß die Liste durchgeführt werden soll«. Hierzu ist der Entwurf eines Briefes an das Ministerium vom 21. November 1946 erhalten, der jedoch laut Bleistiftvermerk nicht abgegangen ist:⁷³

Nach reiflichen Überlegungen hat die Fakultät beschlossen mich zu beauftragen das Ministerium zu bitten die verfassungsmässig eingereichte Liste der Philosophischen Fakultät über die Besetzung des Lehrstuhls für alte Geschichte durchzuführen. Der Lehrstuhl ist nun seit längerem verweist [!], die Gefahr, dass das Fach zurückgeht wächst. Der Fakultät ist sehr viel daran gelegen, dass der Lehrstuhl wiederbesetzt wird. Die für diese Besetzung zusammengestellte Liste ist in langer und ausserordentlich gründlicher Beratung verfasst worden.

Die Fakultät beharrt auf dieser Liste.

Dekan.

Am 31. Januar 1947 beschloß die Fakultät einen neuen Anlauf, um der Alten Geschichte einen Lehrstuhlinhaber zu verschaffen. Es solle nochmals beim Ministerium »durch Rektor, Dekan [und] Herrn Ritter eine gütliche Einigung versucht werden«. Wie aus dem Bericht des Dekans über diese Unterredung in der Fakultätssitzung vom 11. Februar 1947 hervorgeht, hatte man sich mit einem neuen Argument gewappnet, indem man Wohleb eine »Liste der Badener« präsentierte und hieraus

⁷¹ Max Breithaupt (1888-1965) war zunächst Gymnasiallehrer für Latein und Griechisch in Rastatt und Weinheim, bevor er 1926 zum Gymnasialdirektor in Tauberbischofsheim befördert wurde. Seit 1932 in Konstanz, wurde er 1937 aus politischen Gründen (nach Notiz von Franz Büchner in seinem Tagebuch unter dem 24. 6. 1945: »wegen seiner katholischen Haltung«; Nachlaß F. Büchner im Familienbesitz, vgl. Anm. *) seiner Stellung als Oberstudiendirektor enthoben und nach Freiburg (an das Berthold-Gymnasium) strafversetzt, vgl. Wolfgang Günter, Das Berthold-Gymnasium zwischen 1807 und 1958, in: Berthold-Gymnasium. 750 Jahre Lateinschule in Freiburg. Festschrift, Freiburg 2000, 39-63, hier: 61.- Da während der Kriegszeit und wegen der Krankheit von Kolbe (vgl. Wirbelauer, s. o. Anm. *, 109, 113) an der Universität zunehmend Bedarf an Einführungsveranstaltungen und Lektüreübungen bestand, erfüllte Breithaupt Lehraufträge in der Klassischen Philologie und in der Alten Geschichte. Zeitweise (im Wintersemester 1943/44) war er sogar der einzige, der den Lehrbetrieb in der Alten Geschichte aufrechterhielt. 1945 übernahm er die Leitung des Berthold-Gymnasiums in Freiburg und engagierte sich zugleich mit Gerhard Ritter und Max Müller bei der Organisation des sog. Propädeutischen Kurses, vgl. Müller, s. o. Anm. 38, 194 (zu seiner Person ebd. 309). Wie aus Sauers Tagebuch hervorgeht, sind Breithaupt und seine Frau durchaus zum Umfeld Sauers zu rechnen (nicht ersichtlich bei Arnold, s. o. Anm. 1) – Zur Lehrtätigkeit Gerold Walsers, für die sich die Fakultät am 27. 7. 1946 ausgesprochen hatte und die in diesem Wintersemester 1946/47 begann, s. o. Anm. 37.

⁷² Vgl. Fakultätssitzungen vom 12. und 21. 12. 1946. – Das Klima zwischen der Fakultät und dem Rektorat war zusätzlich auch noch durch einen Konflikt in der Raumfrage belastet, Dekan Heiß und der Beauftragte der Fakultät für die Raumfrage, Maurer, hatten sogar dem Rektor gegenüber ihre Ämter zur Verfügung gestellt, nahmen jedoch »ungeachtet der sachlichen Rechtfertigung« auf Intervention von Tellenbach ihre Rücktrittsabsichten wieder zurück, vgl. Protokoll der Fakultätssitzung vom 3. 12. 1946.

⁷³ UAF B3/300. Auf der Rückseite dieses Entwurfs finden sich einige Bleistiftnotizen, die eine Momentaufnahme des Konflikts bieten. In einer Vier-Punkte-Liste heißt es unter dem abschließenden 4. Punkt: »N'hauf qualifiziert / nichtwiss'liche Gesichtspunkte / Konflikt d. Ges. Univ.«

das Ergebnis ableitete: »Die hiesige Fakultät ist die, die am meisten Landsleute unter sich hat.«

Sauer erfuhr am 12. Februar 1947 im Senat folgendes:⁷⁴

v. Dietze und Heiß hatten inzwischen eine Aussprache mit Wohleb über die Ansetzung der [Liste] für alte Geschichte. Wohleb wird als Ergebnis dieser Aussprache die Liste der Fakultät wieder zurückgeben, um auch Nesselhauf darauf noch zu berücksichtigen. Dabei ließ Wohleb durchblicken, daß in den Landesversammlungen Bestrebungen im Gang seien, das Berufsrecht der Universität weitgehend einzuschränken. Das legt es uns nahe, unsere neue Verfassung nicht als Ganzes vorzulegen, sondern nur die 2 Verfassungsänderungen (Zusammensetzung der Fakultäten und des Senates), um nicht zu sehr das Augenmerk der Regierungen wach zu rufen.

Inzwischen war auch die Öffentlichkeit eingeschaltet, in der antipreußische Reaktionen seit Sommer 1945 zu beobachten waren.⁷⁵ Offensichtlich hatte der Artikel über »Die Denazifizierung der Universität Freiburg i.Br.« in der »Arbeiter-Zeitung« Basel vom 1. März 1947, der sich auf »Freiburger akademische Kreise« berief und als Durchschlag einer Abschrift in die Personalakte Ritter Eingang fand, auch die Vorgänge um die Nachfolge Vogt im Visier:⁷⁶

[...] in Freiburg pfeifen es schon die Spatzen von den Dächern, daß die Universität nach wie vor in den Händen von Reaktionären, hauptsächlich norddeutscher⁷⁷ Herkunft sich befindet, und in Kreisen der sozialdemokratischen Partei hat man sich schon oft gefragt, ob es nicht das Beste wäre, den Laden kurzerhand zeitweise zu schließen, um erst endlich einmal wirklich zu säubern und diese »Säuberung« nicht, wie geschehen, der Universität selbst zu überlassen. Dazu kommt, daß die norddeutsche Überfremdung der Universität allmählich Ausmaße angenommen hat, die jeder Beschreibung spotten. Badische Landeskinder werden von dieser Preußenclique grundsätzlich von Berufungen ausgeschlossen, nachdem der norddeutsche Historiker, Prof. Ritter, in badischen Kandidaten »nur Bauernbuben« sieht, die in diese exklusive Gesellschaft nicht hineinpassen.⁷⁸ [...] Wird ein Professor aus Preußen berufen, so bringt er mindestens noch seinen oder seine Assistenten mit, für die es Zuzugsschwierigkeiten trotz katastrophaler Wohnungsnot nicht gibt. Aber das Ziel ist erreicht und die badische Universität Freiburg zu mindestens 80 Prozent in preußischen Händen, weil auf die Vorschlagslisten prinzipiell keine Badener kommen. [...]

⁷⁴ UAF C67/40; im Protokoll der Senatssitzung (UAF B12/3, 12. 2. 1947) heißt es lapidar unter dem Stichpunkt »Allgemeiner Bericht des Rektors«: »... h) Besuch des Rektors mit dem Dekan der Philosophischen Fakultät bei Präsident Wohleb. Besprechungen über die Besetzung der althistorischen Professur«.

⁷⁵ Köhler, s. o. Anm. 46, 90–92.

⁷⁶ UAF B24/3046.

⁷⁷ Hervorhebung im Original.

⁷⁸ Gerhard Ritter galt allgemein als eine der Galionsfiguren des protestantisch-preußischen Geistes an der Universität, vgl. Dieter Speck, Aus den Trümmern eine neue Zukunft bauen. Zerstörung und Neubeginn der Albert-Ludwigs-Universität, in: Freiburger Universitätsblätter 34/127, 1995, 41–53, hier: 48, sowie das Zeugnis Sauers von der Senatssitzung am 24.10.1945 (s. o. mit Anm. 53). In diesen Zusammenhang gehört auch der von Blänsdorf, s. Anm. 10, 16 Anm. 3, auszugsweise wiedergegebene Bericht von Sauzin und Fritz an General Laffon vom 5.4.1947. Zur Thematik vgl. auch Stefan Zauner, Erziehung und Kulturmission. Frankreichs Bildungspolitik in Deutschland 1945–1949, München 1994 (Studien zur Zeitgeschichte 43), 217–220.

Es liegt nahe, daß das Ministerium angesichts solcher öffentlicher Äußerungen nunmehr nicht zum Einlenken bereit war. Das Schreiben des Ministerialbeamten Kilchling vom 2. April liest sich geradezu wie eine Reaktion auf den gerade zitierten Artikel:⁷⁹

Schon öfters hatten wir Gelegenheit, auf die Erwartung der Bevölkerung Badens hinzuweisen, daß bei der Besetzung von Lehrstühlen unserer Universität geeignete badische Universitätslehrer stärker berücksichtigt werden. Wir sind der Meinung, daß diese Forderung sich mit dem Interesse der Universität an der wissenschaftlichen Qualifikation der zu Berufenden bei beiderseitigem guten Willen vereinigen läßt und glauben, daß im vorliegenden Falle die Möglichkeit zu einer beide Teile befriedigenden Lösung besteht. Wir geben die vorgelegte Dreierliste zurück mit der Bitte, uns einen neuen Vorschlag einzureichen, der den eingangs erwähnten Erwartungen Rechnung trägt. Wir würden es ganz besonders begrüßen, wenn in der neuen Liste der uns von dem bisherigen Inhaber des Lehrstuhls, Herrn Prof. Dr. Vogt, als für seine Nachfolge qualifiziert genannte Professor Dr. Nesselhauf, Ordinarius in Kiel, vorgeschlagen würde, der auch politisch unbelastet ist. Das Gutachten des Herrn Prof. Vogt legen wir in Abschrift vor.

Inzwischen hatten sich also auch die Nesselhauf-Befürworter ein neues Argument verschafft, noch dazu eines, das hoffen ließ, daß es in der Fakultät auf Resonanz stoßen werde. Denn bereits im Sommer 1946 hatte man den ehemaligen Lehrstuhlinhaber Vogt dazu gebracht, ein positives Gutachten über Nesselhauf anzufertigen. Vogts Einfluß hatte ja einst Vittinghoff auf die Liste gebracht, so daß das jetzt in das Verfahren eingeführte Gutachten der Sache eine neue Wendung zu geben versprach. Daß zudem eine Nennung Nesselhaufs auch an nachgeordneter Stelle auf der Liste dem Ministerium zur Erteilung eines Rufes genügt hätte, läßt sich un schwer aus dem oben zitierten Schreiben Kilchlings herauslesen.

Ritter übernahm es nun, Nesselhauf als den bisher genannten Fachvertretern nicht ebenbürtig zu »weisen« (Anhang 5b). Sein Gutachten ist heute noch in zwei Fassungen erhalten, zum einen als Entwurf (heute im Nachlaß Ritter im Bundesarchiv in Koblenz) und zum anderen als Beilage eines Schreibens des Dekans an Rektorat und Ministerium. Ein Vergleich beider Fassungen ermöglicht es noch heute, den Diskussionsprozeß innerhalb der Berufungskommission und der Fakultät nachzuvollziehen, und möglicherweise hat die letztlich übersandte, in mehrfacher Hinsicht unvollkommene Version sogar eher das Gegenteil dessen bewirkt, was ihr geistiger Vater Ritter beabsichtigte. Die Divergenzen in der Fakultät treten auch noch im Protokollbuch zutage, in dem der Protokollant Karl Büchner am 10. Mai 1947 eintrug: »Die Debatte spitzt sich auf die Frage zu, ob Herr Nesselhauf auf die Liste gesetzt werden soll. Die Abstimmung darüber lehnt sie einstimmig ab.« Zwei Wochen später, am 24. Mai 1947, war in der Fakultätssitzung sogar der Rektor (seit Jahresbeginn 1947 Constantin von Dietze) persönlich zugegen und erfuhr somit direkt, daß die Fakultät – trotz einiger Veränderungen an dem Gutachten Ritters – »an der alten Liste festzuhalten« beschloß. In einem umfangreichen Schreiben vom 28. Mai 1947 stellte Dekan Tellenbach nochmals den Standpunkt der Fakultät klar, worin er auch der Forderung der Fakultät nachkam, den Unterschied zwischen der 1. und 2. Stelle einerseits und der 3. andererseits zu betonen (vgl. Anhang Nr. 6).

⁷⁹ UAF, B3/300, Abschrift eines Briefs des Bad. Ministeriums des Kultus und Unterrichts vom 2.4.1947 (Nr. A 1015), betr. Lehrstuhl für Alte Geschichte, an das Rektorat, von dort am 12.4.1947 weitergeleitet an den Dekan der Philosophischen Fakultät mit der Bitte um Bericht.

Anläßlich der Senatssitzung vom 4. Juni 1947 hielt Sauer seine Ansicht über die getroffene Entscheidung fest:⁸⁰

... die altgeschichtliche Professur wurde in Form einer neuen Liste und eingehenden Gutachtens über Nesselhauf behandelt. Letzterer bleibt ausgeschlossen, als Schüler Kolbes, der das Fachgebiet rein geschichtlich, ohne Verbindung mit der Archäologie betrieben⁸¹ und eine starke Sterilisierung damit bewirkt habe. Es ist viel Dialektik und Phraseologie aufgeboten, aber das Ganze unter Mitwirkung wieder von Cl. Bauer⁸² aufgestellt worden, das ist das Beelendende und nimmt uns jede Waffe aus der Hand. ...

In einem wenig späteren Eintrag in sein Tagebuch zeigt Sauer unfreiwillig, daß er (oder bereits sein Gesprächspartner Karl Büchner?) kaum noch verstand, wie im vorliegenden Fall argumentiert wurde:⁸³

... Nach dem Nachmittagskolleg kam erst Büchner (Philol.), mit dem ich die Frage der altgesch. Professur besprach. Nesselhauf sei abgelehnt worden, weil er den Wünschen der Fakultät nicht entspreche, die einen Historiker wünsche, der auch das Archäologische mit der geschichtlichen Betrachtung zu vereinigen wisse. Er gehört der einen der beiden Richtungen an, die nur Historiker sein wollen. Vogt der andern von der Fakultät gewünschten Richtung, leider sei er von den Kollegen (Ritter) wieder weggeekelt worden. Nesselhauf komme den beiden von der Fakultät vorgeschlagenen Kandidaten Heuß und Schaefer, die wohl beide annehmen würden, nicht gleich. Aus Büchners Darstellung geht hervor, daß Ritter das treibende Agens in der Angelegenheit war.

Das Ministerium, nunmehr offenbar überzeugt, daß auch der Rektor und der Senat die Vorschlagsliste unterstütze, fügte sich: Am 27. Juni 1947 teilte Hans Schaefer Dekan Tellenbach mit,⁸⁴

daß das Bad. Ministerium des Kultus und Unterrichts mit mir zwecks Wiederbesetzung des Ordinariats für Alte Geschichte in Freiburg Verhandlungen begonnen und mich gebeten hat, zu diesem Zweck nach Freiburg zu kommen. Ich habe geantwortet, dass ich dazu bereit bin.

Tellenbach antwortete prompt und in warmem Ton am 3. Juli 1947.⁸⁵ Daraufhin schrieb Schaefer am 7. Juli 1947, daß er am 14. Juli um 11 Uhr im Ministerium sein

⁸⁰ UAF C67/41.

⁸¹ Dem Entwurf Ritters würde die gegensätzliche Formulierung viel eher entsprechen: »der das Fachgebiet rein archäologisch, ohne Verbindung mit der Geschichte betrieben ... habe«; daß es sich hierbei um eine sachlich gleichwohl unzutreffende (und auch vom Standpunkt Ritters aus nur unter personalpolitischem Gesichtspunkt verständliche) Einschätzung von Nesselhaufs und Kolbes wissenschaftlichen Arbeiten handelt, braucht nicht eigens betont zu werden.

⁸² Die Klage über Bauer ist ein Indiz dafür, daß die »Vierergruppe« von 1945 nicht mehr in dieser Form bestand. Daß jedoch ihre Ansichten in der damaligen Zeit große Wirkung entfalteten, macht nicht nur der Fall der Alten Geschichte klar, vgl. oben mit Anm. 58.

⁸³ UAF C67/41, unter dem 10.6.1947. Vgl. oben Anm. 21. Hier wirkt sich offenbar auch das in der weitergeleiteten Fassung unverständliche Gutachten zu Nesselhauf aus (vgl. Anhang Nr. 5b und oben).

⁸⁴ Der im folgenden auszugsweise wiedergegebene Briefwechsel zwischen Schaefer und Tellenbach befindet sich in der Akte des Berufungsverfahrens (UAF B3/300).

⁸⁵ »Wir brauchen Sie bald und dringend und ich hoffe, dass Sie Lust haben, zu uns zu kommen. Wenn Sie hier sind, kann ich alle Ihre Fragen beantworten und ich werde Sie nach Kräften bei Ihren Verhandlungen mit dem Ministerium unterstützen. Es wäre schön, wenn wir über unsere flüchtige Berührung in dem traurigen Dozentenlager Dammbritsch

und sich vorher oder nachher bei Tellenbach melden werde. Am 23. Juli 1947 setzt Tellenbach seine Bemühungen um Schaefer fort:

Herr Prof. Kilchling sagte mir, dass auch er den Eindruck hätte, dass Sie Lust haben, den Ruf nach Freiburg anzunehmen. Hoffentlich treffen Sie bald diese uns sehr erwünschte Entscheidung. Könnten wir nicht vielleicht schon jetzt etwas dafür tun, dass Sie sobald wie möglich hier eine Wohnung bekommen. Am besten wäre es natürlich, wenn sich ein Wohnungstausch ermöglichen liesse. Vielleicht haben Sie die Freundlichkeit, mir mitzuteilen, welches Tauschobjekt Sie in Heidelberg zur Verfügung stellen könnten. Wir würden dann mit allem Nachdruck beim hiesigen Wohnungsamt, zu dem unsere Beziehungen gut sind, die Angelegenheit verfolgen.

Wie sich aus den weiteren Schriftstücken in der Akte⁸⁶ ergibt, ließ sich Kilchling Zeit, Schaefer eine schriftliche Bestätigung der Verhandlungsergebnisse zukommen zu lassen.⁸⁷ Schaefer monierte dies in einer Postkarte an Tellenbach vom 6. August 1947, woraufhin dieser am 13. August Kilchling eine Erinnerung schickte. Doch es half nichts: Am 6. September informierte Schaefer Tellenbach, daß er den Ruf nach Freiburg abgelehnt habe. In einem persönlichen Schreiben vom gleichen Tag erläuterte Schaefer dies Tellenbach ausführlich: Zunächst verwies er auf die Krankheit seiner Frau, rückt aber dann doch mit dem eigentlichen Argument heraus. Ihn habe der »ganz trostlose Zustand des Seminars« abgeschreckt,

das ich mir nach dem Besuch bei Ihnen vor meiner Abreise noch eine Stunde angesehen habe. Mit der Seminarbibliothek ist praktisch nichts anzufangen, während ich hier eine hervorragende Seminarbibliothek habe. Ich hatte bei den Verhandlungen mit Ober-Reg.Rat Kilchling sofort auf diesen Punkt hingewiesen, er hatte auch weitgehende Konzessionen versprochen (ebenso in der Frage der Assistentenstelle), dann aber ist praktisch nichts mehr geschehen. [...] Ich bezweifle nicht den guten Willen des Ministeriums, obwohl es dann sehr säumig war, aber anscheinend sind noch weniger Mittel vorhanden als für Heidelberg.

Im Anschluß bot Schaefer noch der Fakultät seine Hilfe für das weitere Verfahren an und schloß auch noch gleich eine Empfehlung an:

Ohne mich in die Angelegenheit einer fremden Fakultät einmischen zu wollen, erlaube ich mir doch, Sie darauf hinzuweisen, dass mein Lehrer Berve, der in München aus dem Amt scheiden musste, aber im Spruchkammerverfahren sehr günstig abgeschnitten hat, zur Verfügung steht. Die Amerikaner werden seiner Rückkehr in München Schwierigkeiten bereiten, aber vielleicht sind in Freiburg die Herzen grösser? Aber das ist nur eine bescheidene Anregung⁸⁸.

weit hinauskämen und hier in Freiburg Kollegen würden.« Zum Aufenthalt im »Schloß Dambritsch (1934) vgl. die Erinnerungen von Tellenbach, s. Anm. 33, 42-44.

⁸⁶ UAF B3/300.

⁸⁷ Aus UAF B3/689 geht zudem hervor, daß im Bad. Ministerium des Kultus und Unterrichts nicht alle Unterlagen vorlagen. Es bat das Rektorat per Schreiben vom 29.7.1947 um »Vorlage des Fragebogens des Professors Dr. Hans Schäfer an der Universität Heidelberg«. Am 31.7. wurde diese Aufforderung an die Philosophische Fakultät weitergeleitet und dort durch die Übersendung zweier Fragebogen erledigt. Zum Reinigungsverfahren s. o. Anm. 70.

⁸⁸ Auf diese Anregung ging Tellenbach im übrigen in seiner Antwort mit keiner Silbe ein. – Linda-Marie Günther (Bochum) machte mich brieflich darauf aufmerksam, daß der 1. Spruchkammerbescheid zu Berve am 11. 3. 1948 erfolgte und diesen als »Aktivisten und Belasteten der Gruppe III« einstufte. Erst die Revision am 26. 7. 1948 führte zu einem entlastenden Urteil. Wie dieser offenkundige Widerspruch aufzuklären ist, muß hier offenbleiben.

Tellenbach unternahm sofort (Brief vom 13. September 1947) einen letzten Versuch, Schaefer umzustimmen, hatte aber bereits zuvor, am 8. August beim Bad. Ministerium des Kultus und Unterrichts darum gebeten, die Vertretung der Alten Geschichte, die im SS 1947 der Tübinger Dozent Dr. Karl Stroheker⁸⁹ übernommen hatte, auch auf das WS 1947/48 auszudehnen. Am 18. September bestätigte Schaefer Tellenbach gegenüber seinen Entschluß, den dieser am 29. September der Fakultät mitteilte.

Noch bevor Schaefer Tellenbach geantwortet hatte, reagierte bereits das Ministerium:⁹⁰

Nachdem Herr Prof. Schaefer unseren an ihn ergangenen Ruf abgelehnt hat, bliebe als Dritter auf der Liste Herr Vittinghof [!]. Wir sind nicht geneigt, eine Berufung an ihn ergehen zu lassen, und bitten um neue Vorschläge. Dabei dürfen wir unseren Ihnen bekannten Wunsch wiederholen, in dem neuen Vorschlag auch Badener zu berücksichtigen.

Darauf bezieht sich das Protokoll der Fakultätssitzung vom 29. September 1947:

Die Fakultät sieht sich dazu nicht in der Lage, da bisher mit dem Ersten ihrer Liste, Prof. Heuß/Köln, noch gar nicht verhandelt wurde. Sie bittet das Ministerium deshalb mit Herrn Heuß zu verhandeln. Dementsprechend wird der Dekan beim Ministerium vorstellig werden.

Tellenbach schrieb also am 30. September 1947 zurück:⁹¹

Herr Prof. Schaefer hat auf meine nochmalige Anfrage nunmehr geantwortet, dass er an der Ablehnung des an ihn ergangenen Rufes nach Freiburg festhalten müsse. Das Ministerium hat in seinem Schreiben vom 16. 9. die Fakultät aufgefordert, einen neuen Vorschlag vorzulegen, da als dritter auf der Liste Herr Vittinghof [!] [genannt wird, Hinzufügung E.W.], den das Ministerium nicht zu berufen gedenke. Die Fakultät hat in ihrer Sitzung vom 29. ds. Mts. über die Besetzung des Lehrstuhls für alte Geschichte abermals beraten. Sie hat beschlossen, dem Ministerium nochmals den oft geäußerten Wunsch vorzutragen, dass Herr Heuss berufen werden möge. Herr Heuss ist von uns immer an erster Stelle genannt worden und zuverlässige Nachrichten sprechen durchaus dafür, dass er bereit wäre, nach Freiburg zu kommen. Herr Heuss wäre unserer Ansicht nach der beste Vertreter des Faches für alte Geschichte. Dieses Urteil ist in unsern früheren Gutachten sorgfältig begründet worden. Die Fakultät erlaubt sich die Bitte um rasche Entscheidung.

Doch darauf ließ sich Wohleb, der nun eine zweite Chance für Nesselhauf sah, nicht ein:⁹²

Der Vorschlag, Herrn Prof. Dr. Heuß auf den Lehrstuhl für alte Geschichte zu berufen, kann von uns nicht angenommen werden. Wir bitten die Fakultät noch einmal um das Entgegenkommen, uns einen geeigneten Badener, wenn möglich Herrn Prof. Dr. Nesselhauf von der Universität Kiel vorzuschlagen.

⁸⁹ Karl Friedrich Stroheker (1914-1988), prom. Tübingen 1937 (Graf Uxkull-Gyllenband), habil. ebd. Wintersemester 1943/44 (Vogt), Lehrstuhlvertretung Freiburg Sommersemester 1947- Sommersemester 1948, 1950 apl. Prof. Tübingen, 1959 a.o. Prof., 1963 o. Prof. ebd., vgl. Gerold Walser, in: *Historia* 38, 1989, vor Seite 1, sowie Jörg A. Schlumberger, in: *Gnomon* 63, 1991, 187-190.

⁹⁰ UAF B3/300, Brief Kilchlings vom 16.9.1947 Nr. A 4200.

⁹¹ UAF B3/300, Brief Tellenbachs vom 30.9.1947 (»Zu A 4200«).

⁹² UAF B3/300, Brief Kilchlings vom 17.10.1947 Nr. A 4506 betr. Lehrstuhl für alte Geschichte. Schreiben vom 30. Sept. 1947.

Die Fakultät blieb standhaft. In ihrer Sitzung am 8. November 1947 nahm sie die »Forderung des Ministeriums nach Nennung neuer Namen, insbes. nach der Nominierung von Prof. Nesselhauf« zur Kenntnis und besprach das Antwortschreiben. Bevor aber ihr Standpunkt dem Ministerium schriftlich zur Kenntnis gebracht würde, sollte der Dekan zunächst in mündliche Verhandlungen mit dem Ministerium eintreten. Tellenbachs Bemühungen blieben jedoch offenbar erfolglos, denn in der Sitzung zwei Wochen später, am 22. November 1947, hallte die Empörung sogar bis in das Protokoll nach:

Brüskierung im Fall der Liste der alten Geschichte. Es wird der Entwurf eines Briefs an das Ministerium beschlossen, in dem auf die voellige Rechtswidrigkeit des ministeriellen Vorgehens hingewiesen wird und die Anrufung des Verwaltungsgerichtshofs in Aussicht gestellt wird.

In der Personalakte von Friedrich Brie hat sich in drei Exemplaren ein von Dekan Tellenbach erstellter Bericht der Fakultät an das Ministerium vom 17. Dezember 1947 erhalten, worin dieser seinem Ärger mit deutlichen Worten Luft machte:⁹³

Die Philosophische Fakultät muss zu ihrem Bedauern feststellen, dass mehrere ihrer wichtigsten Lehrstühle ernsthaft gefährdet oder beeinträchtigt sind. Sie erlaubt sich darüber zu berichten und verbindet damit die dringende Bitte an das Kultusministerium, es möge eine Lösung der entstandenen Schwierigkeiten ermöglichen.

Das erste gravamen betrifft den ordentlichen Lehrstuhl für Anglistik, der 1937 nach der »Entpflichtung« von Friedrich Brie⁹⁴ im Tausch gegen ein Extraordinariat an die Pharmazie gegangen war und dessen vollständige Rückgabe trotz der Wiedereinsetzung Bries (zum 1. 8. 1945) noch nicht gelungen war. Als zweiten Punkt behandelt Tellenbach das Extraordinariat der Altorientalistik, das entgegen früheren Absprachen mit der Fakultät vom Kultusministerium Johannes Spörl zur Verstärkung der Mediävistik angeboten worden war. Anschließend kommt er auf den Lehrstuhl für Alte Geschichte zu sprechen:

3.) Das Ministerium hat ohne jede Angabe von Gründen erklärt, dass der Vorschlag der Fakultät, Herrn Prof. Heuss oder Herrn Prof. Vittinghoff auf den Lehrstuhl für alte Geschichte zu berufen, nicht angenommen werden könne. Die Fakultät wird um das »Entgegenkommen« gebeten, einen geeigneten Badener, wenn möglich Herrn Prof. Nesselhauf vorzuschlagen. Sie soll also, nachdem der Lehrstuhl für Anglistik nicht zurückgegeben worden ist, nachdem gegen ihre Vorschläge und gegen die schriftlich fixierten Abmachungen das Extraordinariat für Orientalistik vergeben wurde, nachdem über ihre Einsprüche ohne Antwort hinweggeschritten wurde, ohne Mitteilung der Gründe auf einen Althistoriker wie Herrn Heuss verzichten, um Herrn Nesselhauf zu gewinnen, den sie seiner menschlichen und wissenschaftlichen Eigenschaften nach zwar wohl zu schätzen weiss, den sie aber den von ihr vorgeschlagenen Herren nicht gleichzustellen vermag. Im übrigen sei auf die früheren Äusserungen der Fakultät über die Besetzung des Lehrstuhls für alte Geschichte verwiesen.

Die Fakultät ist besorgt und begreift nicht, warum ihr in den vorgenannten Fällen Antworten und Erklärungen vorenthalten wurden. Sie ist überzeugt, dass sie ihr früheres Niveau nur wird behaupten können, wenn es ihr gelingt, das Verständnis und die Mithilfe des Ministeriums in höherem Masse zu gewinnen als bisher.

⁹³ UAF B3/408; einer der drei Durchschläge trägt den Eingangsvermerk des Rektorats vom 18. 12. 1947.

⁹⁴ Vgl. oben Anm. 18.

Im Protokoll der Fakultätssitzung vom 17. Januar 1948 (gegen Schluß der Sitzung) findet sich hierzu die lapidare Mitteilung:

Es wird die Frage der Lehrstühle erörtert, über deren Besetzung zwischen der Fakultät und der Regierung gegensätzliche Auffassungen bestehen.

Inzwischen hatte sich Tellenbach offenbar in Kiel um Auskunft über Nesselhauf bemüht, sie auch erhalten und verlas sie in der Fakultätssitzung vom 24. Februar 1948. Offensichtlich wollte er die ganze Angelegenheit nicht seinem designierten Nachfolger Karl Büchner überlassen, sondern selbst zu einem Abschluß bringen. Aus dem Schreiben des Ministeriums vom 15. März 1948 geht hinreichend deutlich hervor, daß zuvor intensive Gespräche stattgefunden haben müssen:⁹⁵

Nachdem die Frage der Besetzung des ordentlichen Lehrstuhls für alte Geschichte ausführlich besprochen ist, erlauben wir uns, sie noch einmal von der Seite zu betrachten, die vielleicht bisher nicht genügend beachtet worden ist. Der Herr Staatspräsident kennt Herrn Nesselhauf persönlich;⁹⁶ er schätzt seine wissenschaftliche[n] Leistungen ebenso hoch ein, wie sein pädagogisches Geschick, achtet seinen aufrechten Charakter wie seine landsmannschaftliche Verbundenheit mit Baden. So ist es begreiflich, daß die Berufung von Herrn Nesselhauf ihm ein persönliches Anliegen ist, dessen Erfüllung ihm auch dem Badischen Landtag gegenüber die Vertretung des Unterrichtsministeriums und seines Haushaltes erleichtert. Da zweifellos die Möglichkeit besteht, Herrn Nesselhauf hierher zu berufen, so bitten wir die Fakultät, ihre Bedenken, deren Bedeutung wir uns durchaus bewußt sind, in diesem besonderen Falle zurückzustellen und dem Wunsch des Herrn Staatspräsidenten in ihren Entschliessungen ein solches Gewicht zuzubilligen, daß sie ihn erfüllt. Sie können gewiß damit rechnen, daß der Herr Staatspräsident und das Kultusministerium die Tragweite Ihres Entschlusses voll zu würdigen bereit sind.

Damit war die Angelegenheit praktisch entschieden, doch galt es für die Fakultät, einen Weg zu finden, ihr Gesicht zu wahren. Am 17. April 1948 beschloß sie in Anwesenheit von Ritter, Zenck, Max Müller, Lohmann, Brie, Friedrich, Schuchhardt, Nürnberger, Bauch, Büchner, Szilasi:⁹⁷

1. Nesselhauf. Die Fakultät erklärt sich damit einverstanden, daß N. berufen wird. In einem Brief an das Ministerium soll diese Bereitschaft unter Hinweis darauf erklärt werden, daß nach wie vor das Urteil der Kommission gilt, daß Heuß der Beste ist, und daß der Zustand der Alten Geschichte zu einer Lösung drängt. Die Berufung wird mit 8 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen.

⁹⁵ UAF B3/300, Brief Kilchlings vom 15. 3. 1948 Nr. A 1299.

⁹⁶ Leo Wohleb war während der Nazi-Zeit Gymnasialdirektor in Baden-Baden. Aus dem in UAF B1/1326 erhaltenen Schriftwechsel geht hervor, daß er sich am 4.7.1943 in einem langen Brief an den Rektor der Univ. Freiburg, Wilhelm Süss, gewandt hatte, um seine zwischen 1927 und 1930 (bis zur Versetzung nach Karlsruhe) ausgeübte Lehrauftragstätigkeit (Lat. Grammatik und Stilistik) wieder aufleben zu lassen. Zu diesem Zweck fügte Wohleb auch ein handgeschriebenes »Verzeichnis meiner wissenschaftlichen Arbeiten« bei, das 29 Nummern aufweist. Nachdem Wohleb zunächst unter Hinweis auf die bisherige Lösung vertröstet wurde, erhielt er dann im Wintersemester 1943/44 tatsächlich den gewünschten Lehrauftrag. Somit darf man ihm gerade mit Schuchhardt, möglicherweise auch mit Ritter, eine gewisse Vertrautheit unterstellen.

⁹⁷ Es fehlten also u.a. Tellenbach, Heiß, Gundert und Bauer.

Der neue Dekan, Karl Büchner, teilte diesen Beschluß noch am selben Tag »über Seine Magnifizienz, den Herrn Rektor der Universität« dem Ministerium mit:⁹⁸

Auf Ihren Brief vom 15. März 1948 A1299 gestattet sich die Fakultät Folgendes zu antworten. Nach wie vor ist die Fakultät der Meinung, dass die eingereichte Liste für die Besetzung des Lehrstuhls für alte Geschichte mit Recht die wissenschaftliche Bedeutung von Herrn Prof. Dr. Dr. Heuss unterstreicht. Andererseits ist sich die Fakultät klar darüber, dass Herr Prof. Dr. Nesselhauf ein guter Gelehrter ist, dessen Berufung sachlich durchaus zu rechtfertigen ist. Unter Berücksichtigung aller Umstände, vor allem der Tatsache, dass ein längeres Zuwarten Forschung und Lehre in der alten Geschichte in Freiburg ernstlich gefährden würde, hat sich die Fakultät durch Beschluss vom 17. 4. damit einverstanden erklärt, dass Herr Nesselhauf berufen wird, und bittet, das Weitere zu veranlassen.

Am 28. Mai 1948 richtete Wohleb ein selbst unterzeichnetes Dankschreiben an Rektorat und Fakultät:⁹⁹

Wir haben mit Genugtuung von der Bereitwilligkeit Kenntnis genommen, die Rektorat und Philosophische Fakultät uns in der Berufungsangelegenheit für alte Geschichte dadurch gezeigt hat, daß sie sich mit der Berufung von Herrn Professor Dr. Nesselhauf, Kiel, einverstanden erklärten. Wir möchten unseren Dank dafür hiermit besonders zum Ausdruck bringen.

Der Rest war Formsache, auch wenn sie sich noch ein halbes Jahr hinziehen sollte. Mit Wirkung zum 1. Oktober 1948 wurde Herbert Nesselhauf zum ordentlichen Professor für Alte Geschichte nach Freiburg berufen.

Fassen wir zusammen: Der Lehrstuhl für Alte Geschichte war 1946 zum Kristallisationspunkt eines fachfremden Interessensspiels geworden. Die Bemühungen von Seiten des politischen Katholizismus, der in Clemens Bauer und Max Müller Einflußmöglichkeiten auf die Fakultätsentscheidungen sah, zielten darauf, den Katholiken Nesselhauf statt des Protestanten Heuß zu gewinnen. Sie versprachen sich dadurch eine Stärkung ihrer Position innerhalb der als protestantisch eingeschätzten Philosophischen Fakultät. Die Bedeutung der Konfession spiegelt sich auch darin wider, daß das Ministerium im Juni 1947 dem Katholiken Schaefer den Ruf erteilt.

Die Philosophische Fakultät versuchte, ihre Liste mit dem Hinweis auf die Autonomie der Universität zu verteidigen. Sie scheint jedoch hierin keine große Unterstützung von Seiten des Senats erhalten zu haben. Auch der Nachfolger Allgeiers im Rektorat, von Dietze, machte sich diese Argumentation jedenfalls nicht eigen, suchte aber gemeinsam mit dem Dekan der Philosophischen Fakultät durch persönliche Gespräche mit Wohleb eine Vermittlung.

War die Berufung von Nesselhauf also eine Niederlage der Fakultät? Wohl nur auf den ersten Blick, denn Dauer, Verlauf und Abschluß der Angelegenheit hatten hinreichend deutlich gemacht, daß die Fakultät auf die Respektierung ihrer Berufungslisten allerhöchsten Wert legte. Auch wenn sie sich im vorliegenden Beispiel nicht durchsetzen konnte, so dürfte die Fakultät doch letztlich gestärkt aus der Sache hervorgegangen sein. Das abschließende Dankeschreiben von Wohleb vermittelt jedenfalls den Eindruck, daß es sich 1948 auch aus der Sicht des Ministeriums um eine besondere Angelegenheit handelte, die somit nicht als Präzedenzfall für künftige Entscheidungen betrachtet wurde. In der Tat scheint das Beispiel auch keine Schule gemacht zu haben, doch war natürlich die »badische Frage« mit der Abstimmung

⁹⁸ UAF B3/300.

⁹⁹ UAF B3/300, Brief Wohlebs an den Rektor der Universität vom 28.5.1948, weitergeleitet von dort an den Dekan der Philosophischen Fakultät am 8.6.1948.

über den Südweststaat ohnehin bald obsolet. Wir sollten freilich nicht übersehen, daß das Argument der ›badischen Herkunft‹ vor allem in der veröffentlichten Meinung eine Rolle spielte, nicht zuletzt auch deshalb, weil von französischer Seite diese separatistischen Tendenzen mit Wohlwollen betrachtet wurden. Allerdings wirkte das Argument von dort auf den inneren Entscheidungsprozeß zurück, ohne daß es den erhofften Durchbruch erreichte.

Und die Hauptbetroffenen, Alfred Heuß und Herbert Nesselhauf? Alfred Heuß hat sich wie vielleicht kein zweiter Althistoriker seiner Generation in größerem Umfang autobiographisch geäußert und dabei gerade die Zeit des Nationalsozialismus nicht ausgespart.¹⁰⁰ Sehr viel kürzer ist er dagegen mit dem hier interessierenden Zeitraum verfahren, dem er in *De se ipse* kaum mehr als eine halbe Seite widmet.¹⁰¹ ›Freiburg‹ kommt darin nur indirekt zur Sprache,¹⁰² so daß offenbleiben muß, inwieweit die landsmannschaftlich-konfessionell bedingte Zurückweisung sein späteres Bild, etwa von der staatlichen Wissenschaftsverwaltung, mitbeeinflußt hat. – Herbert Nesselhauf hatte bei seinem Einstand in Freiburg gewiß einige Widerstände im neuen Kollegenkreis zu überwinden. Doch hinderte dies die Fakultät nicht daran, ihn bereits kurz darauf (1950) zu ihrem Dekan zu wählen. Und was die Befürchtungen der damaligen Berufungskommission hinsichtlich der Wirkung von Nesselhauf bei den Studierenden betrifft, so sprechen die Quästurakten und die Erzählungen seiner vielen Hörer eine eindeutige Sprache.

¹⁰⁰ Vgl. dazu jetzt auch Stefan Rebenich, in: *Historische Zeitschrift*, 271, 2000, 661-673.

¹⁰¹ Alfred Heuß, *De se ipse* [1993], in: ders., *Gesammelte Schriften*, Stuttgart 1995, 1, 777-827, hier: 811f.

¹⁰² Ebd., 811: »Der Ausgang des Kriegs machte die Wohlgemutheit, mit der ich in den sicheren Hafen meiner ersten Professur eingefahren war, zur leeren Träumerei. Was ich seit meinem Studium insgeheim gefürchtet hatte, war nun doch eingetreten. Der Boden rutschte mir unter den Füßen weg. [...] Beruflich sah es, wie nicht anders zu erwarten, zunächst trostlos aus. Einiges zerschlug sich, obgleich mich auch eine Fakultät für einen vakanten Lehrstuhl vorgeschlagen hatte. Ansonsten mußte man sich selbst rühmen, wozu ich ebensowenig Neigung wie Talent hatte.« – Wenn Heuß, ebd. 809, die »in Jahrhunderten herausgebildete Harmonie im Zusammenleben von Katholiken und Protestanten« in Breslau erwähnt, dann mag es scheinen, als spreche er hier vom Gegenteil dessen, was ihm über das Freiburg der Nachkriegsjahre zugetragen worden sein dürfte. Näherer Aufschluß hierüber dürfte wohl nur aus seinem Nachlaß zu gewinnen sein.

Anhang:

Dokumente zur Wiederbesetzung des Lehrstuhls für Alte Geschichte 1946–1948.
Sofern nicht anders angegeben, stammen alle Dokumente aus der Akte UAF
B3/300.

1) Abschrift der von der Freiburger Philos. Fakultät am 3. März 1946 beschlossenen Liste, die durch den Akademischen Senat an das Bad. Ministerium des Kultus und Unterrichts eingereicht werden soll:

Auf den durch den Weggang des Prof. Joseph Vogt freigewordenen Lehrstuhl schlägt die Fakultät vor:

an erster Stelle: o. Prof. Dr. Alfred Heuss (Dr. phil. habil. Dr. jur.) früher in Breslau, z.Zt. Pinneberg/Holst.

an zweiter Stelle: o. Prof. Dr. Hans Schäfer in Heidelberg.

an dritter Stelle: a.o. Prof. Dr. Friedrich Vittinghoff.

Begründung:

1.) Professor Alfred Heuss, geb. 1909, als Sohn eines Schweizers und schweizerischer Staatsangehöriger, gehört zu den fähigsten und aussichtsreichsten jüngeren Gelehrten seines Faches. An Vielseitigkeit und Umfang seiner wissenschaftlichen Produktion ist er allen engeren Fachgenossen seiner Generation überlegen; aber auch die Fruchtbarkeit seiner Fragestellung zeichnet ihn vor vielen anderen aus. Heuss, der aus der Schule H. Berves herkommt, hat sich vor allem mit verfassungsgeschichtlichen und völkerrechtlichen Fragen der Antike befasst, für deren Bearbeitung er eine besondere juristische Vorbildung und Begabung mitbrachte. Seine wichtigsten Arbeiten behandeln die völkerrechtlichen Grundlagen der römischen Aussenpolitik in republikanischer Zeit, das Verhältnis der hellenistischen Herrscher zur griechischen Städtefreiheit, das Wesen des karthagischen Staates und die Entwicklung der Befehlsgewalt altrömischer Oberbeamten – also Probleme aus den verschiedensten Epochen und Gebieten antiker Geschichte; dazu kommen einige rein juristische Studien zum modernen Völkerrecht, quellenkundliche und methodische Studien. Alle diese Arbeiten zeigen gründliche Gelehrsamkeit und vielseitige Belesenheit, vor allem aber ein sehr hohes Mass von begrifflicher Schärfe und eine sehr klare, zu eindeutigen Ergebnissen und Formulierungen neigende Darstellungskunst. Das Talent Heussens bewährt sich vor allem da, wo grosse Dürftigkeit des Quellenbefundes dazu zwingt, durch scharfsinnige Hypothesen einen historischen Sachverhalt zu rekonstruieren. Er ist anscheinend noch mehr juristischer Denker als historischer Erzähler, bereichert aber gerade dadurch die Historie, indem er neue Fragestellungen bringt, auf präzise Antworten dringt, traditionelle Vorstellungen vielfach auflockert, klärt und vertieft. Sein juristisches Denken verbindet sich überdies mit einem entschiedenem Sinn für politische Realitäten. Als Lehrer und Mensch wird er uns von seinen Bekannten und Kollegen sehr gerühmt; seine Berufung nach Freiburg empfehlen wir auch deshalb besonders warm, weil er sein Breslauer Ordinariat durch die Kriegereignisse verloren hat und im Augenblick noch auf eine Neuverwendung wartet.

2.) Professor Hans Schäfer, geboren 1906 in Breslau, ebenfalls Berveschüler, ist unserer Fakultät dadurch näher bekannt geworden, dass er hier ein Semester lang vertretungsweise Alte Geschichte gelesen hat. Ein feinsinniger Gelehrter von vielerlei Bildungsinteressen, ist er literarisch bisher ausschliesslich mit Arbeiten zur attischen Geschichte des 6. und 5. Jahrhunderts hervorgetreten. Ausser einiger kleineren Studien liegt von ihm einstweilen nur eine grössere Arbeit vor über attische »Staatsform

und Politik« in dieser Epoche, die sich durch besonders grosse Sorgfalt in der Ausdeutung verfassungsgeschichtlicher Grundbegriffe aus den Quellen und in der Unterscheidung zwischen rechtlichen Konstruktionen und politischer Wirklichkeit auszeichnet. Eine etwas grüblerische Natur, die sich die Lösung komplizierter Probleme nicht leicht macht, besitzt er besonders viel Sinn für das Individuelle, Einmalige historischer Erscheinungen. Seine Lehrgabe wird gerühmt; als sympathische Persönlichkeit ist er uns aus seiner hiesigen Lehrtätigkeit bekannt.

3.) Nennen wir noch den a.o. Professor Friedrich Vittinghoff, der zu den jüngsten Anwärtern seines Faches gehört, uns indessen als eine besonders hoffnungsvolle Begabung gerühmt wird. Vittinghoff, geboren 1910 in Essen, promovierte 1936 als Schüler des 1940 gefallenen Historikers Paul L. Strack,¹⁰³ war Hilfsarbeiter am Thesaurus Linguae Latinae, habilitierte sich in Kiel und wurde 1943 zum a.o. Professor in Posen ernannt. Seine Erstlingsschrift über den »Staatsfeind in der römischen Kaiserzeit« zeichnet sich durch gründliche Beherrschung der literarischen, epigraphischen und archäologischen Quellen, scharfsinnige Beweisführung und straffe Form der Darstellung aus. Seine Habilitationsschrift über den Aufstieg der unterworfenen Völker im römischen Reich wird von den Referenten des Archaeologischen Instituts, denen sie vorlag, sehr günstig beurteilt, vor allem auch als Zeugnis darstellerischer Fähigkeiten. Uns ist nur eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse bekannt, da die Schrift noch ungedruckt ist. Unser Urteil kann also nur ein vorläufiges sein. Da Vittinghoff während des Krieges bei der Luftwaffe stand, lässt sich über seine Lehrbegabung einstweilen noch kein Urteil gewinnen, sodass wir ihn nur mit Abstand hinter den beiden anderen Gelehrten als Anwärter für unseren Freiburger Lehrstuhl nennen, der bisher noch nie mit Anfängern besetzt wurde.

gez. Brie, Dekan

4. 3. 1946

Nr. 2781

An das Ministerium des Kultus und Unterrichts, Freiburg/Br.

mit der Bitte um Kenntnisnahme und befürwortende Weiterleitung an das Gouvernement Militaire.

Freiburg, den 1. Juli 1946

Der Rektor der Universität, i.V. F. Büchner

2) Ergänzende Schriftstücke zu Platz 1: A. Heuß

a) UAF B3/535; Brief von Hermann Aubin, »Hainholzweg 62, Göttingen«, an Gerhard Ritter (vgl. den unmittelbar folgenden Brief Ritters an Heuß) vom 5. Dezember 1945.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ich beeile mich, Ihre Anfrage zu beantworten, aus der ich zu meinem tiefen Bedauern entnehmen muß, daß es noch nicht gelungen ist, die Suspension für Vogt wieder aufheben zu lassen.

Über Heuss kann ich Sie mit den wenigsten Worten unterrichten. Denn ich kann nur das Beste von ihm aussagen. Ein vollkommener und reich veranlagter wissenschaftlicher Mensch, durchdrungen von der Würde der Wissenschaft, die er stets männlich zu vertreten gewußt hat, selbständig im Urteil, hohe Ansprüche an sich wie an die Studierenden stellend, aber auch aus sicherem und vielseitigem Wissen

und reicher Bildung ihnen spendend. Er ist gewiß ein großer Gewinn für jede Fakultät.

Derzeit lebt er in Pinneberg (Holstein), Fahltskamp 64, und wäre glücklich, wenn er die Freiburg-Vertretung erhielte. Was es dem Menschen innerlich bedeutet, im eigenen Beruf wieder unterrichten zu können, das verspüre ich an dem Segen der letzten Wochen, da ich mich hier wieder in die akad. Tätigkeit einreihen konnte.

Ich beglückwünsche Sie, daß Ihre Fakultät nun auch geöffnet wird und begrüße Sie...¹⁰⁴

als Ihr sehr ergebener H. Aubin.

b) BAK Nachlaß G. Ritter, N 1166/490; Durchschlag eines Briefs von Gerhard Ritter an Alfred Heuß, geschrieben in Freiburg, Mozartstr. 48, am 21. Dezember 1945.

Sehr verehrter Herr Kollege,

Gestatten Sie, dass ich mich, obwohl Ihnen persönlich ganz unbekannt, in einer sehr persönlichen Angelegenheit an Sie wende. Wie Sie wissen, ist Herr Kollege Justus [!] Vogt seit dem Sommer 44 Mitglied unserer Fakultät. Wir wünschen sehr, ihn als solchen zu erhalten, er hat aber jetzt einen Ruf angenommen, der ihn wieder nach Tübingen zurückführen soll, und diese Rückkehr nur abhängig gemacht von der Lösung der Wohnungsfrage. Nun ist die Lösung allerdings praktisch ganz unwahrscheinlich, aber wir müssen doch ernstlich mit seinem Wiederweggang rechnen und sehen uns rechtzeitig nach einem Ersatz um. Auf unserer Liste nach dem Tode Kolbes standen ja auch Sie an sehr bedeutsamer Stelle, und ich hörte auf meiner Erkundigung durch Herrn Aubin, dass Sie gegenwärtig in Pinneberg sind und ohne Lehrtätigkeit. Umso mehr richten sich meine Blicke auf Sie im gegenwärtigen Augenblick. Ich muss aber betonen, dass ich hier nur als Privatperson spreche, bzw. als Inhaber des nächsten benachbarten Lehrstuhls, nicht etwa als Vertreter meiner Fakultät oder des Dekanats, das ich nicht inne habe. Trotzdem zweifle ich nicht, dass im Falle eines Wegganges unseres Kollegen Vogt Sie in erster Linie von der Fakultät als Nachfolger in Betracht gezogen würden. Da nun die Briefverbindung so unendlich lange dauert, erlaube ich mir jetzt schon die Anfrage, wie es mit Ihrer Parteizugehörigkeit, SA-Zugehörigkeit u. dgl. steht und ob wir von da her Schwierigkeiten zu erwarten hätten, falls wir das Einverständnis der französischen Militärregierung zu Ihrer Herberufung erwirken wollten. Übrigens darf ich hinzufügen, dass die französische Militärbehörde in Fragen der Epuration keineswegs kleinlich ist. Verzeihen Sie die Offenheit der Anfrage, deren Unvermeidlichkeit Sie ja wohl verstehen werden.

Mit der Versicherung meiner ausgezeichneten Wertschätzung bin ich

Ihr sehr ergebener

[keine Unterschrift, da Durchschlag für den eigenen Gebrauch]

c) BAK Nachlaß G. Ritter, N 1166/327; Brief von Alfred Heuß an Gerhard Ritter, geschrieben in Pinneberg (Holstein), Fahltskamp 64, am 10. Januar 1946.

Sehr verehrter Herr Kollege,

haben Sie besten Dank für Ihre freundliche Anfrage vom 21. letzten Monats. Sie gelangte vorgestern in meine Hände. Ich empfinde es als ausserordentlich ehrenvoll,

gerade von Ihnen eine derartig vertrauensvolle Mitteilung entgegennehmen zu dürfen.

Ich glaube nicht, dass Sie in meinem Fall mit besonderen gouvernementalen Schwierigkeiten zu rechnen hätten. Jedenfalls hat man in Kiel, wo ich bis zum Frühjahr den noch abwesenden Lehrstuhlinhaber Nesselhauf vertreten soll, meine Approbation von der englischen Militärregierung anstandslos erwirken können. Da ich das zweifelhafte Glück hatte, während der letzten zwölf Jahre meine akademische Laufbahn eröffnen zu müssen, vor allem mich da der komplizierten Habilitationsprozedur unterziehen musste (die dann auch tatsächlich nicht ohne »politische« Verwicklung vonstatten ging), war es mir freilich nicht möglich, in »fragebogentechnischem« Sinn von heute meine Integrität zu dokumentieren. So bin ich Pg. seit 38 gewesen und als solcher auch automatisch Mitglied des Dozentenbundes geworden. SA-Zugehörigkeit hat sich vermeiden lassen. Hier wird gewöhnlich noch nach Beteiligung an der politischen Publizistik gefragt. Ich habe dieses Gebiet nicht betreten.

Es widerstrebt mir an sich, bei diesem Punkt zu verweilen, um nicht den Anschein zu erwecken, ich wolle mir ein Alibi erwirken, wie es heute naturgemäss Mode geworden ist. Aber da nun abermals durch äussere Einwirkung die Regeln des guten Geschmacks ausser Kraft gesetzt sind, darf ich vielleicht zu Ihrer technischen Unterstützung bemerken, dass es mir nicht schwer fallen würde, mir von Bekannten und Freunden meine sog. politische und »weltanschauliche« Haltung während der vergangenen Jahre bezeugen zu lassen.

Ich darf Sie vielleicht bitten, diese Mitteilungen als lediglich durch äussere Umstände herbeigeführt zu betrachten und als vertraulich behandeln zu wollen.

Indem ich Ihnen nochmals meinen verbindlichsten Dank ausspreche und Sie meiner aufrichtigen Verehrung versichere, bin ich

Ihr ganz ergebener

[handschriftlich:] Alfred Heuß

d) BAK Nachlaß G. Ritter, N 1166/327; Durchschlag eines Briefs von Gerhard Ritter an Alfred Heuß, geschrieben in Freiburg, Mozartstr. 48, am 28. Januar 1946.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Schönen Dank für Ihr Schreiben vom 10. d.M.! Inzwischen hat Herr Vogt den Ruf nach Tübingen angenommen, und wir sind sehr darum bemüht, womöglich schon zum S.S. einen Nachfolger hier zu haben. Nun haben zwar die Kommissionsberatungen noch nicht begonnen, aber ich möchte mir doch heute schon erlauben, Sie um eine möglichst umgehende politische Auskunftserteilung zu bitten, da wir vor allem einmal feststellen müssen, ob ernstliche Aussicht besteht, daß Ihnen von unserer französischen Militärregierung gegebenenfalls ein placet erteilt werden würde. Ich sende Ihnen daher ein Exemplar des hier üblichen Fragebogens mit der Bitte zu, ihn auszufüllen und alles an Erläuterungen und Referenzen beizufügen, was Sie für nützlich halten, damit unser Bereinigungsausschuß, dem ich selbst angehöre, seine Stellung nehmen kann. Ohne dem Urteil der Berufungskommission vorzugreifen, kann ich doch wohl sagen, daß Ihre Aussichten, bei unserer Fakultät als »Nominandus an hervorragender Stelle« Zustimmung zu finden, recht große sind, sodaß sich die Mühe immerhin lohnen dürfte, falls Ihnen, wie ich Ihrem Schreiben mit Freude entnehme, an einer Berufung hierher gelegen ist.

Mit freundlicher Begrüßung

Ihr sehr ergebener

[keine Unterschrift, da Durchschlag für den eigenen Gebrauch]

e) Brief von Alfred Heuß, geschrieben in Pinneberg (Holstein), Fahltskamp 64, an Gerhard Ritter, am 8. Februar 1946

Sehr verehrter Herr Kollege,
besten Dank für Ihr freundliches Schreiben vom 28. 1. 46 und die Aufforderung, der ich hiermit nachkomme.

Die Erklärung, auf deren Zweckmässigkeit ich auf Grund Ihres Hinweises schliessen zu dürfen glaubte, habe ich möglichst kurz gehalten und auch auf das Tatsächliche beschränkt. Sie ist mir ohnehin nicht leicht in die Feder geflossen, da Apologien nicht nur dem Leser, sondern auch dem Verfasser wenig angenehm zu sein pflegen. Ich bitte, die Einschätzung meiner Person nicht für die (anscheinende) Unumgänglichkeit der Sache entgelten lassen zu wollen. Auf »Bekanntnisse« irgendwelcher Art habe ich absichtlich verzichtet. Sie scheinen mir in einem Zusammenhang ad hoc zu wohlfeil.

Die Liste der Referenzen hätte sich beliebig vergrössern lassen. Sie kommt mir aber ohne dies zu lang vor. Persönliche Erkundung ist bei den Briten nicht üblich, so sachlich gerechtfertigt sie ist. Ich habe mich deshalb bis jetzt nicht darum gekümmert, für solche Zwecke mir Gutachten zu verschaffen, bin jedoch gern bereit, in dieser Richtung selbst Schritte zu unternehmen, wenn Sie dies für zweckmässig erachten.

Wenn Sie resp. die Kommission die Einholung von Zeugnissen für notwendig ansehen, dürfte aus taktischen Gründen sich wohl Herr Theiler (kl. Philologe) als Schweizer, mit dem ich in Königsberg zusammen war, am meisten empfehlen. Ich nehme an, dass Sie von Freiburg aus die Möglichkeit haben, mit ihm in Verbindung zu treten, eher jedenfalls als ich hier von Norddeutschland aus. Hr. Theiler wäre ev. auch imstande, von Jacobi, früher in Kiel und jetzt nach meinem Vernehmen Berater der englischen Regierung für Universitätsangelegenheiten Deutschlands, ein testimonium zu beschaffen. Sodann mache ich auf Professor Erwin Jacobi in Leipzig aufmerksam, der als Halbjude 33 entlassen wurde und mit dem ich, so lange ich in Leipzig war, andauernd verkehrt habe. Er ist der bekannte Öffentlichrechtler und einer der notabelsten Autoren auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes. Herr Bauer, der Breslauer Semitist und jetzt in der christlich-demokratischen Partei tätig, und Herr Grundmann haben sich bereits seit längerem erboten, mir gegebenen Falls mit einem Zeugnis zu Hilfe zu kommen. Aber auch die anderen, vor allem die Herren Weippert (Vertreter einer christlich-ständischen Staatswissenschaft) und Heise würden dasselbe sehr gerne tun. In Bezug auf die anderen zweifle ich übrigens an der Bereitwilligkeit auch nicht.

Mit dem Ausdruck meiner aufrichtigen Wertschätzung und sehr freundlichen Grüßen gestatte ich mir, Sie meines herzlichsten Dankes für Ihre Bemühungen zu versichern, und bin ich

[handschriftlich:] Ihr ganz ergebener Alfred Heuß.

f) »Erklärung« von Alfred Heuß vom 6. Februar 1946, also vom selben Tag wie der unter b) wiedergegebene Brief. Die »Erklärung« findet sich in derselben Akte wie der Brief, ist jedoch heute durch einige andere Schriftstücke von ihm getrennt. Offensichtliche Tippfehler sind stillschweigend korrigiert.

Erklärung.

Zu den Angaben auf meinem Fragebogen erkläre ich folgendes:

Als ich mich im Jahre 1937 um die Dozentur bewarb, sah ich mich in die Zwangslage versetzt, auf dem damaligen Fragebogen Zugehörigkeit zu irgend einer NS Organisation nachzuweisen, wenn anders mein Gesuch nicht von vorneherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt sein sollte. Gerade in dieser Zeit ist die Überprüfung des wissenschaftlichen Nachwuchses bekanntlich am schärfsten durchgeführt worden (im Vergleich etwa zur Kriegszeit, wo man die Aufmerksamkeit von diesen Dingen etwas abgewandt hatte). Ich entschloss mich für das NSKK, da dieses in dem – übrigens berechtigten – Geruch stand, politisch am indifferentesten und ideologisch am uninteressiertesten (auf Grund einer gewissen sachlich-technischen Einstellung seiner Mitglieder) zu sein. Dass für mich ausschliesslich dieser Gesichtspunkt massgebend war, erhellt aus meiner völligen Fremdheit technischen Dingen gegenüber. Ich besass weder ein Kraftfahrzeug noch konnte ich eines handhaben. Ein Jahr später vertauschte ich die Mitgliedschaft beim NSKK mit der Parteizugehörigkeit resp. -Anwartschaft, da dieselbe mein nominelles Verhältnis zur Partei besser zum Ausdruck brachte und mich persönlich auch unabhängiger stellte. Um den NS Dozentenbund kümmerte ich mich nie und wurde infolgedessen auch erst Mitglied, als dieser von meiner Parteizugehörigkeit von Amts wegen Kenntnis nahm und statutengemäss auf Grund von ihr meine Zugehörigkeit zu ihm verfügte. Das war erst 1941 der Fall, als ich nach Breslau berufen war. Vorher trat dies, wohl infolge meiner andauernden Vertretertätigkeit, welche eine feste Zugehörigkeit zu einer bestimmten Universität ausschloss, nicht ein. Ich hätte mich ausdrücklich darum bemühen müssen. In die NSV brachte mich erst die Begründung eines eigenen Hausstandes, bzw. der damit verbundene Bezug einer selbständigen Wohnung.

Zu meiner politisch-weltanschaulichen Einstellung gebe ich folgende Erklärung: obgleich vor 33 nicht irgendwie politisch festgelegt oder in bestimmten parteipolitischen Traditionen aufgewachsen, war ich ein strikter Gegner des NS., seitdem er sich durch seine Regierungspraxis enthüllte. Dieser Vorgang hub bekanntlich ziemlich bald nach der Machtergreifung, erkennbar für einen selbständig Denkenden, wenn auch nicht politisch besonders Orientierten, an. Die in den breitesten Kreisen, auch denen der Gebildeten, damals vollzogene innere »Gleichschaltung« war mir widerwärtig. Ich habe konsequent auf jeden Anschluss meiner literarischen Tätigkeit an die Gefühle und Ideologien der Zeit verzichtet. Meine wissenschaftlichen Arbeiten, von denen ich die meisten in den ersten sechs Jahren des Dritten Reiches fertiggestellt habe, beruhen auf einer »autonomen« Fragestellung. Im Sinne der offiziellen Geistigkeit hätten sie eher als »abseitig« gelten können. Eine meiner frühen Arbeiten gilt beispielsweise einem analytisch-methodologischen Problem, das ich unter Verwendung der Phänomenologie Husserls entwickelte (Überrest und Tradition im: A. f. Kulturgesch. 1934/35). Wenn mich meine Erinnerung nicht trügt, so verrät ein von mir für eine kleine Schweizer Zeitung (N. Bündner Z.) über die deutschen Verhältnisse abgefasster Bericht eine recht erkennbare Distanz zu dem damaligen Geschehen (um 33 herum). Als das Leben in Deutschland sich immer mehr anspannte und der öffentliche Druck immer stärker wurde, war es mir jedenfalls nicht wohl bei dem Gedanken, dass dieser Bericht vor unberufene Augen kommen könnte. Meine persönliche Haltung war derartig eindeutig und die Schwierigkeit eines modus vivendi für mich so evident, dass ich nicht nur selbst gerne meine akademische Existenz in der Schweiz (deren Bürgerrecht ausschliesslich ich damals besass) begründet hätte, sondern dies auch gerne von meinem Lehrer und anderen, die mich kannten, gesehen worden wäre. Meine in diese Richtung gehenden Versuche scheiterten leider an äusseren Schwierigkeiten, d.h., der Unmöglichkeit, mir die nötigen Subsistenzmittel zu verschaffen. Wenn ich nicht auf ein der Wissenschaft ge-

widmetes Leben verzichten wollte, musste ich versuchen, mich im nationalsozialistischen Deutschland zu »arrangieren«.

Das Unternehmen meiner akademischen Niederlassung war denn auch nicht einfach. Naturalisierung und Aufnahme der obligaten Parteihypothen waren unvermeidbar. Letzteres um so mehr, als ich nicht erwarten konnte, bei den politischen Instanzen auf besonderes Wohlwollen zu stossen. In verkehrter Abschätzung der Sachlage hatte ich mich auch vom Doz.bund fern gehalten, weil ich meinte, je weniger derselbe von mir wüsste, um so vorteilhafter für mich wäre das. Das Ergebnis war ein vernichtendes Gutachten, das mich ohne weiteres zu Fall gebracht hätte, wenn es nicht aus Rücksicht auf meinen Lehrer Berve vom damaligen Gau-do.z.bundführer Knick (der an sich eine sehr selbständige Haltung den Parteinstanzen [gegenüber]¹⁰⁵ einnahm und schliesslich in offenem Zerwürfnis mit dem Gau-leiter Mutschmann stand) zurückgewiesen worden wäre. Wie ich nachträglich erfuhr, hatte man sich u.a. »Unterlagen« durch Nachforschung in den Zetteln der von mir während meiner Studenten- und Habilitationszeit bei der UB. entliehenen Bücher verschafft und wartete mit der Feststellung auf, ich liebte es, vom NS Régime verbotene Bücher zu lesen. Eine Angestellte des Büros steuerte die Bemerkung bei, ich praktizierte nie den Hitlergruss. Sie schien mich beobachtet zu haben auf meinen Wegen zum Seminar.

Als ich in Königsberg seit 38 die vakante Professur vertrat und nach dem Votum der Fachvertreter sie definitiv übernehmen sollte, ist dies durch verschiedene Manipulationen der parteiaktivistischen Fakultätsleitung (Richthofen, Gunther Ipsen), welche die engsten Beziehungen zu dem hinlänglich bekannten Ministerialreferenten Harmjanz unterhielt, verhindert worden. Annähernd drei Jahre vertrat ich in K., jeweils mit einsemestrigen Lehraufträgen, so dass ich während dieser Zeit nie wusste, wohin ich eigentlich gehörte. Ich galt den Leuten als unwillkommene Verstärkung der intakt gebliebenen Fakultätsmitglieder, und verständlicherweise setzte man alles dran, mich nicht sesshaft werden zu lassen.

Meine Gesinnung ist allen denen kein Geheimnis geblieben, welchen ich Vertrauen schenken konnte. Ich füge zur ev. Einholung von Zeugnissen eine kleine Auswahl derjenigen Namen bei, deren Träger auch nicht in formellem Sinn als »belastet« gelten können, und verzichte auch auf die Nennung meiner Verwandten (unter denen ich beispielsweise meine schweizerischen Vetter Dr. Eugen Heuß-Basel, Gundeldinger Str. 200 und Dr. Wolfgang Heuß-Zürich, Gloristr. 82 anführen müsste):

Univ.-Professor Dr. Wil[?]y Theiler, Bern, Schänzlihalde 31

Univ.-Professor Dr. Alexander Beck, Basel, wohl durch Univ. zu erreichen

Univ.-Professor Dr. Georg Weippert, Göttingen, Felix Kleinstr. 10 pt.

Univ.-Professor Dr. W. Michael Kirsch, Erlangen, Universität

Univ.-Professor Dr. Carl Koch, Buchen (Odenwald), Obergasse 1

Univ.-Professor Dr. Matthias Gelzer, Frankfurt, Westendstr. 95

Univ.-Professor Dr. W. F. Otto, Elmau (OBayern)

Univ.-Professor Dr. Hermann Aubin, Göttingen, Hainholzweg 62

Univ.-Professor Dr. Theo Bauer, Zittau (Sa.), Schillerstr. 5b

Univ.-Professor Dr. Erwin Jacobi, Leipzig S 3, Meusdorfer Str. 5 pt. (derselbe kennt mich von den hier Angef. am längsten)

Univ.-Professor Dr. Wolfgang Schadewaldt, Berlin-Lichterfelde, Dürerstr. 18 bei Kofka

Univ.-Professor Dr. Herbert Grundmann, Lengerich, Westfalen, Rahenweg 7

Der Direktor des Staedelschen Instituts in Frankfurt Professor Wilhelm Heise,
Reisack (OBayern) über Oberaudorf
Universitäts-Dozent Dr. Helmut Papajewski, Köln, Engl. Seminar.
Universitäts-Dozent Dr. Ernst Schütte, Wanne Eickel, Bickernstrasse 9.

[handschriftliche Unterschriften:] Dr. Alfred Heuß
Peter Rehbein, Assessor [masch.schr:] Zeuge

g) BAK Nachlaß G. Ritter, N 1166/327; Brief von Alfred Heuß an Gerhard Ritter, geschrieben in Pinneberg (Holstein), Fahltskamp 64, am 14. Juli 1946. Offensichtliche Schreibfehler sind korrigiert.

Sehr verehrter Herr Kollege,
fassen Sie es bitte nicht falsch auf, wenn ich mich heute der Angelegenheit wegen, über die mit Ihnen ich bereits das Vergnügen hatte zu korrespondieren, an Sie wende. Es geschieht mehr aus allgemeinen Erwägungen als im Hinblick auf einen Gegenstand, für dessen Erkundung mir das Fehlen einer Kompetenz wohl bewusst ist. Ich bitte Sie deshalb aufrichtig, sich in dieser Hinsicht nicht angesprochen sehen zu wollen.

Nun hat aber etwa im Mai Hr. Vogt mir mitgeteilt, er ginge definitiv nach Tübingen und, wie ich sonst höre, liest er auch dieses Semester dort schon. Er liess mich dies damals wissen im Hinblick auf einen Vertretungsauftrag an Ihrer Universität, für den ich mich soz. bereithalten sollte. Dass nun hieraus nichts geworden ist, würde ich unter »normalen« Verhältnissen und bei Kenntnis der Vielfältigkeit von Faktoren, die bei dergleichen Veranstaltungen mitzuspielen pflegen, nicht besonders auffällig finden. In gegenwärtiger Zeit ist das, auch akademische, Terrain aber derartig unübersehbar und dadurch für einen selbst von recht wenig berechenbaren Konsequenzen, so dass man wohl oder übel gedrungen ist, sich von den in Betracht kommenden Elementen eine gewisse Vorstellung zu verschaffen. Ich verstehe dieselben hier jedoch nur in einer Hinsicht und bitte lediglich nach dieser hin, wenn es Ihnen aus inneren und äusseren Gründen möglich ist, mir Auskunft zu gewähren. Fällt in den Augen der massgebenden Instanzen meine politische »Belastung« ins Gewicht? Ich müsste in diesem Fall grundsätzliche Schritte unternehmen, nicht nur im Hinblick auf Freiburg, und mich um Fixierung und Beglaubigung meines diesbzgl. »Leumundes« kümmern. Das Geschäft war mir bis jetzt zu jammerwürdig, es bestand auch bis jetzt in der englischen Zone keine unmittelbare Veranlassung, aber wenn einem ernsthaft hieraus negative Konsequenzen erwachsen sollten, so muss ich wohl in den saueren Apfel beißen und mit meiner (früheren) Gesinnung gleichsam hausieren gehen. Ich sehe nicht ein, warum ich mich für die vergangene »Herrlichkeit« besonders haftbar machen lassen soll, nachdem sie dreizehn wichtige Jahre meines Lebens dauernd beschattet hat.

Meinem Vernehmen zufolge soll man in Baden zur Zeit besonders auf die allemanische Landsmannschaftlichkeit pochen. So bedenklich dieser Grundsatz in Ansehung einer Institution wie der Universität ist und so wenig ich mich mit ihm identifizieren würde, erscheint es vielleicht unter der Voraussetzung seiner wirklichen Aktualität (und nicht nur für andere Motive vorgeschobenen) nicht vorlaut, wenn ich wenigstens erwähne, dass ich persönlich unter diesem Gesichtspunkt zum mindesten als nicht gänzlich »abseitig« gelten kann, da ich sowohl väterlicher- wie mütterlicherseits aus dem betr. Stammesraum herkomme und alle meine Verwandten in Württemberg und der Schweiz sitzen habe. Ich bitte aber diese Bemerkung nur dann

als getan ansehen zu wollen, wenn ihr eine rein sachliche Entscheidung in entsprechendem Sinn vorausgeht, und wirklich (wovon ich keineswegs überzeugt bin) von externer Seite etwa ein Anstoss von dieser (sonderbaren) Art genommen würde.

Darf ich Ihnen zum Schluss – um damit glücklicherweise noch einen unpersönlichen Gegenstand berühren zu können – noch meinen aufrichtigen Dank für die Publikation des Goerdelerdokumentes in der letzten »Gegenwart« aussprechen? Aus unserer Gegenwart ist mir noch nie so viel echte politische Weisheit wie in diesen Zeilen entgegengetreten. Welche Souveränität des Urteils und Lauterkeit des Willens. Sind noch Politiker übrig geblieben, die von gleicher Gesinnung geleitet werden? Nur merkwürdig (von der politischen »Methodik« her gesehen), dass G. diese Rede festgelegt hatte, bevor er die politische Lage, in der er sie halten würde, überschauen konnte.

Mit der Versicherung meiner aufrichtigen Ehrerbietung und den besten Empfehlungen bin ich

Ihr Ihnen ganz ergebener

[handschriftlich:] Alfred Heuß

h) Durchschlag eines Briefs von Gerhard Ritter an Alfred Heuß, geschrieben in Freiburg, Mozartstr. 48, am 18. Juli 1946.

Sehr verehrter Herr Kollege!

Sehr gerne beantworte ich die Fragen Ihres Briefes vom 14. Juli. Wir haben uns hier eifrig bemüht, Sie zunächst als Vertreter für die Vogt'sche Professur bereits im Sommer-Semester hierher zu bekommen. Dass es nicht geglückt ist, liegt einmal daran, dass Herr Vogt erst sehr spät seine Entscheidung für Tübingen traf, sodann an gewissen Bedenken von Seiten des französischen Kontrolloffiziers, überhaupt einen früheren Parteigenossen hierher zu berufen und dazu noch einen Nichtbadener. Inzwischen ist es gelungen, ihn von der Grundlosigkeit dieser Bedenken zu überzeugen. Wir haben ihm gesagt, dass Ihre sog. politische »Belastung« sehr geringfügiger Art ist und dass Sie als gebürtiger Hochalemanne durchaus hierher passen, vor allem dass Sie wissenschaftlich allen anderen Bewerbern nach unserer Meinung erheblich voranstehen. Leider hat dann eine unzulängliche Organisation unserer Universitätsbüros, auch eine Folge politischer Bereinigungsmaßnahmen, eine beträchtliche Verzögerung in der Behandlung der Berufungsliste zur Folge gehabt. Diese ist jetzt aber unterwegs und wir haben grosse Hoffnung, dass die Berufung endlich zustande kommen wird, wenn auch – wie ich nicht verschweigen möchte, noch nicht alle Gefahren beschworen sind, die dem Durchdringen der Liste im Wege stehen könnten. Ich glaube aber nicht, dass im Augenblick irgendwelche Maßnahmen Ihrerseits erforderlich oder erwünscht sind, um irgendwelchen politischen Bedenken zu begegnen. Wir haben bereits so eindeutige Äusserungen Ihrer früheren Kollegen zu Ihren Gunsten gesammelt, dass mir selber wenigstens weiteres Material unnötig erscheint. Seien Sie überzeugt, sehr verehrter Herr Kollege, dass ich meinerseits mit dem grössten Eifer bemüht bin, Sie für unsere Fakultät zu gewinnen und grosse Hoffnungen darauf setze.

Sehr erfreut bin ich darüber, dass auch Sie einen so positiven Eindruck von der Rundfunkrede Goerdelers haben. Die frühzeitige Festlegung der Rede erklärt sich wohl daraus, dass der Staatsstreich ursprünglich zu einem früheren Zeitpunkt beabsichtigt war. Die Vorbemerkung Herrn Reifenbergs hat übrigens eine längere politische Vorgeschichte und hängt mit Wünschen der Zensur zusammen. Einen grösse-

ren Aufsatz über Karl Goerdelers politische Persönlichkeit unter Benutzung seines Nachlasses habe ich soeben vollendet. Er soll entweder in der »Neuen Zeitung« oder in der »Deutschen Rundschau« oder vielleicht auch in der »Gegenwart« erscheinen.

Mit besten Empfehlungen bin ich

Ihr sehr ergebener

[keine Unterschrift, da Durchschlag für den eigenen Gebrauch]

3) Ergänzende Schriftstücke zu Platz 2: H. Schaefer

Anonymes und undatiertes Gutachten über Hans Schaefer. Als Verfasser kommt am ehesten Karl Büchner in Frage, vgl. oben Anm. 30.

Hans Schaefers wissenschaftliche Eigenart kommt am besten in seiner grossen Arbeit »Staatsform und Politik« zum Ausdruck. In der Fragestellung zunächst eine Auseinandersetzung mit den Forschungen und Thesen von Johannes Hasebroek, werden diese Untersuchungen zur griechischen Geschichte des 6. und 5. Jahrhunderts eine umfassende Diskussion aller Probleme der Verfassungs- und Sozialgeschichte. Über den weiten geistigen Horizont der Berücksichtigung aller denkbaren Faktoren und Einflüsse hinaus liegt hier methodisch eine vorbildliche Leistung in erster Linie deshalb vor, weil alle verfassungsgeschichtlichen Grundbegriffe aus den Quellen genommen sind und in einer ausserordentlich eindringlichen Untersuchung auf ihre ursprüngliche Bedeutung und vor allem auch Funktion hin geprüft werden. Dadurch gewinnt Sch. vielfach überraschend neue Perspektiven und Ergebnisse. Das zeigt besonders der Abschnitt über die politeia. Nie ist abstrakt verfahren und immer ist in wirklich historischer Denkweise jede Verfassungseinrichtung in die politische Situation hineingestellt, in der sie entstand und sind die neuen Umstände geprüft, innerhalb deren sie weiter zu funktionieren hat. Die begriffliche Schärfe in der rechtlichen Kennzeichnung der einzelnen Institutionen verführt ihn nicht zu apriorischen Konstruktionen, die moderne staatsrechtliche Begriffe in das griechische politische Leben der von ihm untersuchten Epoche projiziert und damit ihre Eigenart missdeutet. Insbesondere ist sorgfältig der bei antiken und mittelalterlichen Rechts- und Verfassungshistorikern übliche Fehler vermieden, bei Knappheit der Quellenzeugnisse, Quellenbelege der verschiedensten Jahrhunderte ungeschieden nebeneinander zu verwerten. Die Untersuchungen, die auch die geistesgeschichtliche Diskussion innerhalb alter Geschichte und klassischer Philologie nach dem ersten Weltkrieg voll beherrschen und verwerten, lassen wirklich neue Erkenntnisse des Wesens und der Eigenart von sozialer Verfassung und geistiger Haltung der griechischen Welt des 6. und 5. Jahrhunderts gewinnen.

Schaefer's Arbeiten zeigen auch, wie bei aller Schmalheit der Quellengrundlage durch ganz sorgfältige Durcharbeit in entsprechender verfeinerter Fragestellung immer noch wirklich neue Ergebnisse zu gewinnen sind.

Nachdem in dem letzten Jahrzehnt auch in der antiken Geschichte eine vorschnelle Formung des Wissensstoffes nach Tagesfragestellungen und modischen und nicht sachgerechter Problematik sich etwas breit gemacht hat, ist aus pädagogischen Gründen eine Methodik, die philologische Akribie und begriffliche Sauberkeit und äusserste Sachgerechtigkeit verbindet für unsre Studenten dringend nötig. Auf der anderen Seite verrät Sch. Schrifttum sehr wohl die Fähigkeit zur Überschau und zur Herausarbeit der grossen Züge.

4) Ergänzende Schriftstücke zu Platz 3: F. Vittinghoff

UAF, B3/300, Gutachten von Josef Vogt über Friedrich Vittinghoff vom 18. 2. 1946.

Geb. 19. 5. 1910 in Essen, promovierte 1936 in Bonn als Schüler des 1941 gefallenen Professor Paul L. Strack, war Hilfsarbeiter am Thesaurus linguae Latinae und wurde dann Dozent in Kiel. 1938 bewarb er sich um das archäologische Reisestipendium, erhielt bei der Beurteilung die erste Note, wurde aber wegen der grossen Zahl rein archäologischer Bewerber nicht vorgeschlagen. Während des Krieges stand er bei der Luftwaffe im Feld. 1943 wurde er zum a.o. Professor in Posen ernannt.

Die aus der Dissertation hervorgegangene Erstlingsschrift »Der Staatsfeind der römischen Kaiserzeit« behandelt mit vorbildlicher Beherrschung der literarischen, epigraphischen und archäologischen Quellen die in der Kaiserzeit häufige, auch an toten Kaisern vollzogene Erklärung zum hostis mit ihren politischen und rechtlichen Folgen. Sie hat wegen ihrer scharfsinnigen Beweisführung und ihrer straffen Form starke Anerkennung gefunden. Die Habilitationsschrift konnte noch nicht gedruckt werden, lag aber ausser der Kieler Fakultät auch der Zentralkommission des Deutschen Archäologischen Instituts vor. Es handelt sich um eine gross angelegte Arbeit über den »Aufstieg der unterworfenen Völker im römischen Reich«, die von den Referenten als Zeugnis für eine ursprüngliche historische Begabung und hervorragende darstellerische Fähigkeit bewertet worden ist. Von den Forschungsergebnissen dieses Buches, das sich mit dem fundamentalen Problem des römischen Reiches befasst, geben die Ausführungen Vittinghoffs im Gnomon 15 (1939) 506-511 eine gute Vorstellung.

Als Persönlichkeit wird V. von Professor Burck, dem jetzigen Prorektor der Universität Kiel, sehr günstig beurteilt. Ich selbst habe bei einer längeren Aussprache den Eindruck eines lebendigen Kopfes und eines starken Charakters erhalten.

[handschriftlich:] Vogt.

5) Schriftstücke zu H. Nesselhauf

a) Gutachten Vogt

Abschrift eines Gutachtens von Joseph Vogt, Tübingen, vom 26. 7. 1946 für Herbert Nesselhauf

Herbert Nesselhauf, geboren in Karlsruhe 26. 5. 1909, promovierte in Freiburg i.Br. 1932, war seit 1933 als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter bei der Preuss. Akademie der Wissenschaften beschäftigt. Er habilitierte sich 1936 in Königsberg und wurde 1944 als Ordinarius nach Kiel berufen, konnte aber infolge von Kriegsdienst und Verwundung seine Lehrtätigkeit dort erst 1946 aufnehmen.

Die Dissertation »Untersuchungen zur Geschichte der delisch-attischen Symmachie« (Klio, Beiheft 30, 1933) zeugt von der in der Schule von Walter Kolbe erworbenen sicheren Beherrschung der griechischen Epigraphik, auch wenn einzelne historische Ergebnisse des Buches von der Kritik (so von Hans Schaefer, Gnomon 1939) abgelehnt worden sind. In der allgemeinen Richtung des Lehrers Kolbe bewegt sich auch noch der Aufsatz »Diplomatische Verhandlungen vor dem Peloponnesischen Kriege« (Hermes 1934), der ein umstrittenes Kapitel des Thukydides zu klären sucht.

Seit seiner Bestätigung als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter für die Herausgabe des Corpus Inscriptionum Latinarum hat sich Nesselhauf in die lateinische Epigraphik

und zugleich in die großen Probleme der römischen Geschichte, besonders der Kaiserzeit, eingearbeitet. Er hat nach Mommsen die Neuauflage der »Diplomata militaria« in vortrefflicher Weise besorgt und einen Teil der Indices zu Band XIII des C.I.L. abgefaßt. Die umfangreiche Untersuchung über »Die spätrömische Verwaltung der gallisch-germanischen Länder« (Abh. Preuss. Ak. 1939) zeigt die in diesen Jahren bei Nesselhauf erfolgte historische Ausweitung der Forschung und Darstellung. Dieses Werk ist von der Kritik durchaus günstig aufgenommen worden. Es kann auch als Beweis dafür gelten, daß Nesselhauf in seinen Arbeiten weiterhin das Problemgebiet der römisch-germanischen Beziehungen und damit die Landesgeschichte von Südwestdeutschland fördern kann.

Nesselhauf wird von seinem Kieler Kollegen Burck als »klar im Urteil, sicher in seinen Entscheidungen und liebenswürdig im Umgang« bezeichnet. Ich selbst schätze ihn aus persönlicher Kenntnis als charaktervolle, reife Persönlichkeit, deren erzieherische Wirkung unmittelbar zu spüren ist.

Als die Tübinger Fakultät 1944 meine Nachfolge vorbereitete, hat sie auf meinen Vorschlag hin auch Nesselhauf in ihrer Liste genannt. Ich habe die Stellungnahme der Tübinger Fakultät meinem hier erstatteten Gutachten zugrunde gelegt.

gez. Vogt (Professor Dr. J. Vogt)

b) Gutachten der Fakultät

Gutachten der Fakultät über Herbert Nesselhauf vom 28. Mai 1947. Es wurde von Gerhard Ritter entworfen (vgl. auch das Protokoll der Fakultätssitzung vom 10. 5. 1947), in dessen Nachlaß im Bundesarchiv Koblenz (N 1166/308, handschriftliche Notizen hierzu: N 1166/454 unter Buchstabe F) sich noch dessen ursprüngliche Vorlage befindet. Ein Vergleich beider Fassungen zeigt, daß die Fakultät Ritters Absicht, das Gutachten mit einer vehementen Stellungnahme zugunsten von Heuß abzuschließen, nicht gefolgt ist. Der letztlich beschlossene Text bleibt daher in seiner Wirkung deutlich hinter Ritters Entwurf zurück, zumal sich zuvor auch noch ein sinnentstellender Zeilensprung eingeschlichen hatte. Um dies zu verdeutlichen, sind die wesentlichen Passagen von Ritters Entwurf, die *nicht* in den an das Ministerium gesandte Schreiben eingegangen sind, hier in *kursiver* Schrift eingesetzt worden. Kleinere Abweichungen wurden nur in Auswahl notiert.

Die Philosophische Fakultät legt über die Persönlichkeit und wissenschaftliche Leistung des Professors für alte Geschichte in Kiel, Dr. Herbert Nesselhauf die folgende gutachterliche Äusserung ihrer Berufungskommission, bestehend aus den Herren Bauer, Büchner, Ritter, Schuchhardt und Tellenbach,¹⁰⁶ vor.

Nesselhauf, 1909¹⁰⁷ geboren, Schüler unseres Freiburger Althistorikers Walter Kolbe, habilitierte sich 1936¹⁰⁸ in Königsberg und wurde 1944¹⁰⁹ als Ordinarius nach Kiel berufen, wo er indessen sein Amt wegen seiner Einziehung zur Wehrmacht zunächst¹¹⁰ nicht antrat. Für seine wissenschaftliche Beurteilung liegen uns vor

¹⁰⁶ »bestehend aus ... Tellenbach« nicht im Entwurf Ritters.

¹⁰⁷ »1909« im Entwurf Ritters handschriftlich nachgetragen.

¹⁰⁸ »1937« laut Ritters Entwurf, vgl. Wirbelauer, s. o. Anm. *, Anm. 46.

¹⁰⁹ »1944«: im Entwurf Ritters ursprünglich eine Lücke, dann am Rande handschriftlich nachgetragen: »im Kriege«. In der Berufungskommission (bzw. in der Fakultätssitzung) waren also die genauen Daten zu Nesselhauf von anderer Seite eingebracht worden.

¹¹⁰ »zunächst« nicht im Entwurf Ritters. Die sachlich wohl nicht zutreffende Hinzufügung von »zunächst« stellt Nesselhauf mit Heuß auf die Stufe eines bereits lehrenden Ordinarius.

1.) seine Doktordissertation von 1935: Untersuchungen zur Geschichte der delisch-attischen Symmachie (Klio, 30. Beiheft)

2.) seine Habilitationsschrift von 1938: die spätrömische Verwaltung der gallisch-romanischen Länder (Abh. d. preuss. Akad. phil.-hist. Kl. 1938, Nr. 2)

Beide Arbeiten zeigen einen Forscher von vortrefflicher kritisch-philologischer¹¹¹ Schulung und klarer Darstellungsgabe, der indessen noch nicht wesentlich über die erlernte Methode zu origineller Leistung als Historiker hinausgewachsen ist.

Die Dissertation hat zu ihrem Kern eine Untersuchung der athenischen Verzeichnisse der perikleischen Zeit (betr. Beiträge der Bundesgenossen des athenischen Seebundes), die auf verschiedenen Inschriften erhalten und von amerikanischen Epigraphikern publiziert worden sind. Nesselhauf setzt sich mit diesen Editoren vielfach kritisch auseinander, bemüht sich aber in der Hauptsache um Auswertung der politisch-historischen Ergebnisse der epigraphischen Forschung, indem er aus den Abwandlungen der Beitragssummen und der Regelmässigkeit bzw. Unregelmässigkeit ihres Eingangs Schlüsse zieht für die Ziele der perikleischen Bundespolitik im Frieden und im Kriege; ausserdem erzielt er mancherlei Einzelergebnisse für die Beurteilung der athenischen Finanzpolitik.

Die Habilitationsschrift, als Fortsetzung und Abschluss älterer Untersuchungen Ernst Steins im Auftrage der Berliner Akademie verfasst, hat abweichend von diesem Vorgänger eine neuartige Interpretation der sogen. *notitia dignitatum*, *der Hauptquelle*, zum Ausgangspunkt ihrer Darstellung gemacht. In scharfsinniger, historischer und philologischer Einzelkritik wird gezeigt, dass es sich nicht um ein Behördenverzeichnis der Zeit um 430 nach Christus handelt, sondern um eine zeitlich mehrschichtige Zusammenstellung von Materialien. Eben aus dieser Mehrschichtigkeit gewinnt Nesselhauf nun die Möglichkeit, gewisse Abwandlungen des spätrömischen Verwaltungssystems in Gallien nachzuweisen, die mit dem Vordringen germanischer (fränkischer) Stämme zusammenhängen, insbesondere die Entwicklung vom Grenzheer zur Feldarmee. Aus der kritischen Quellenuntersuchung ergeben sich Ausblicke auf mannigfaltige historische Probleme, die N. alle völlig beherrscht; besonders wertvoll ist seine klare, eindeutige Stellungnahme zu der neuerdings viel umstrittenen Frage nach der historischen Bedeutung der germanisch-romanischen Sprachgrenze (Kontroverse Petri-Gamillscheg¹¹²).

Der Gesamteindruck beider Arbeiten ist hiernach ein zweifellos günstiger, freilich mit der schon angedeuteten Einschränkung, dass es sich um methodisch vortrefflich gelungene Arbeiten einer bestimmten, wissenschaftlichen Schule handelt, die eine scharfgeprägte Eigenart der Forscherpersönlichkeit noch nicht recht erkennen lassen, und darin hinter den Arbeiten anderer Forscher derselben Generation zurückstehen.¹¹³ Wenn sich die Kommission daher¹¹⁴ nicht entschliessen kann, der Fakultät die Nennung Nesselhaufs auf der Berufungsliste vorzuschlagen, so sind für sie ausserdem¹¹⁵ dabei folgende Erwägungen maßgebend gewesen:

¹¹¹ »kritisch-« im Entwurf Ritters mit Schreibmaschine auf dem Rand nachgetragen.

¹¹² Im Schreiben der Fakultät versehentlich: Gammillscheg; – zur Sache vgl. Peter Schöttler, Von der rheinischen Landesgeschichte zur nazistischen Volksgeschichte oder Die »unhörbare Stimme des Blutes«, in: Winfried Schulze – Otto Gerhard Oexle (Hrsg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus, Frankfurt a. M. 1999, 89-113, bes. 112 Anm. 65.

¹¹³ Hier beginnt Ritter in Andeutungen vorzubereiten, was er am Ende offen ausspricht, nämlich, daß er Heuß für den geeigneteren Kandidaten hält.

¹¹⁴ Statt »daher« steht in Ritters Entwurf »gleichwohl«.

¹¹⁵ »ausserdem« nicht im Entwurf Ritters.

1.) Die bisherigen Arbeiten von Nesselhauf sind im Vergleich mit denen der von uns in erster Linie genannten¹¹⁶ Anwärter noch nicht als ebenbürtige Ausweise des wissenschaftlichen Rangs zu bewerten.

2.) Dazu kommen folgende Erwägungen: Der Lehrstuhl für alte Geschichte in Freiburg ist durch viele Jahrzehnte durch Gelehrte verwaltet worden, die ihr grosses, wissenschaftliches Ansehen hauptsächlich ihren Leistungen auf archäologischem und epigraphischem Gebiet verdankten, die dagegen als Darsteller politischer Geschichte deshalb weniger in Betracht kamen, weil sie von politisch-historischen und verfassungsgeschichtlichen Problemen nicht eigentlich berührt wurden, solche Probleme jedenfalls an den Rand ihrer Studien schoben. Die Folge war, dass die alte Geschichte in Freiburg mehr als Altertumswissenschaft denn als Historie betrachtet und ziemlich einseitig mit dem altphilologischen Studienbetrieb verknüpft wurde. Ernst Fabricius, der grosse Erforscher des römisch-germanischen Limes, legte keinerlei Gewicht auf eine *engere Verknüpfung seines Lehrbetriebs mit dem der historischen Seminare, wohl aber auf eine enge Verbindung*¹¹⁷ mit der Archäologie und Altphilologie und überliess¹¹⁸ folgerichtig auch die Prüfung der Lehramtskandidaten in alter Geschichte gänzlich den Historikern des Mittelalters und der Neuzeit. Auch Walter Kolbe hat niemals im Staatsexamen mitgeprüft. Er hat sich allerdings – im Unterschied zu seinem Vorgänger Fabricius – mehrfach beim Ministerium bemüht, in die Prüfungskommission berufen zu werden, hat auch Anfängerübungen für Historiker gehalten; doch blieb die ganze Forschungsrichtung und Lehrweise dieses bedeutenden Epigraphikers, Archäologen und Kenners aller Hilfswissenschaften den Studierenden der allgemeinen Geschichte immer so fremd, dass er auf sie eine sehr geringe Anziehungskraft ausübte.

Nachdem nun heute die alte Geschichte, unter dem nationalsozialistischen Regiment als Schulfach gröblich vernachlässigt, wieder auf ihren alten Ehrenplatz als Urbild europäischer Staatengeschichte eingerückt ist, auf den höheren Schulen Badens sogar im Augenblick den einzigen historischen Lehrgegenstand darstellt, scheint es uns doppelt wichtig, dass sie auch auf unserer Universität aus der Sphäre einer vorzugsweise antiquarischen Gelehrsamkeit und aus der Stellung einer Art von Hilfswissenschaft für philologische und archäologische Studien kräftig herausgerückt wird. Das bedeutet vor allem, daß sie auch mit den politischen und staatsrechtlichen Problemen der allgemeinen Historie in möglichst enge Fühlung gebracht wird. Unsere Fakultät war glücklich, in Joseph Vogt einen Fachvertreter zu besitzen, der diesen Schritt mit grosser Entschiedenheit vollzog, sein Seminar so eng wie nur möglich an die anderen historischen Seminare anschloss, auf die Studierenden der Geschichte eine besonders starke Anziehungskraft ausübte und bei den Lehramtsprüfungen mit grossem Geschick und Eifer mitwirkte.

Nachdem ihr nun dieser akademische Lehrer leider nach ganz wenigen Jahren wieder verloren gegangen ist, muss unsere Fakultät nach Meinung der Kommission vor alle anderen Erwägungen die Bemühung stellen, eine Persönlichkeit zu finden, die bei erstklassigen Forschungsleistungen zugleich eine heute schon sicher erkennbare Werbekraft für das Fach der alten Geschichte auch ausserhalb der Altphilologen

¹¹⁶ Statt »in erster Linie genannten« steht im Entwurf Ritters »bevorzugten«.

¹¹⁷ Sinnentstellender Zeilensprung (»engere Verknüpfung ... enge Verbindung«) in der Fakultätsfassung des Gutachtens.

¹¹⁸ In der Fakultätsfassung versehentlich: »überdies«.

entfaltet, und die den politischen und staatsrechtlichen Problemen der allgemeinen Historie *nachweislich besonders*¹¹⁹ nahesteht.

Diese Persönlichkeit ist nach der wohlverwogenen und mehrfach nachgeprüften Ansicht der Kommission mit Sicherheit nur in Alfred Heuss gegeben, der

1.) *in allen seinen Arbeiten, wie das auch in der Vorschlagsliste der Fakultät ausgeführt wird, einen ausgesprochenen Sinn für die genannten Probleme erkennen lässt,*

2.) *auch als Fachmann auf dem Gebiet des modernen Völkerrechts ausgewiesen ist und die Würde eines Dr. jur. damit erworben hat,*

3.) *auf den verschiedensten Gebieten alter Geschichte sich auch als glänzender Darsteller bewährt hat,*

4.) *nach dem Zeugnis verschiedener Fakultäten als akademischer Lehrer sehr geschätzt wird.*

Nun wollen wir nicht die Möglichkeit leugnen, dass auch Nesselhauf sich in der von uns gewünschten Richtung entwickeln könnte und es liegt uns selbstverständlich gänzlich fern, den hohen Wert der fachwissenschaftlichen Ausbildung anzuzweifeln, die er in der Schule Kolbes empfangen hat. Aber die bisher vorliegenden Arbeiten bieten uns noch keine Sicherheit, dass eine solche Hoffnung nicht fehlschlägt, da sie im wesentlichen rein kritischer und antiquarischer Natur sind und da Nesselhauf bisher vorzugsweise an akademischen Corpusarbeiten beschäftigt war. *Ueber seine Fähigkeiten als akademischer Dozent liegen bisher kaum irgendwelche Erfahrungen vor.*¹²⁰

Auf der anderen Seite war bisher wenigstens keine äussere Schwierigkeit sichtbar, Herrn Heuss für unsere Fakultät zu gewinnen, und so halten wir uns für verpflichtet, ihn als den für unsere Zwecke weitaus Geeignetsten nach wie vor dringlich zur Berufung zu empfehlen. Es scheint uns schliesslich auch dem altbegründeten Ansehen unserer Fakultät und ihres althistorischen Lehrstuhls angemessen, ihn nicht mit einem noch wenig erprobten Anfänger zu besetzen, sofern ein bereits erfahrener und bewährter Gelehrte von allgemein anerkanntem Ruf dafür zur Verfügung steht.

Wir möchten zum Schluss nicht versäumen darauf hinzuweisen, dass eine weitere Verzögerung in der Besetzung dieses wichtigen Lehrstuhles nach einem vollen Jahr Vakanz schlechterdings nicht mehr erträglich ist und dass sich die Chancen, Herrn Heuss zu gewinnen, dadurch andauernd vermindern.

6) Brief des Dekans der Philosophischen Fakultät, Gerd Tellenbach, an das Bad. Ministerium des Kultus und Unterrichts vom 28. 5. 1947 »über das Akademische Rektor[at] und den Senat der Universität«, im Durchschlag erhalten und wegen eines Tippfehlers bei der Jahreszahl (»47« aus »48« verbessert) in der Akte fälschlich unter 1948 eingeordnet.

Das Badische Ministerium für Kultus und Unterricht hat am 2. IV. 1947 den Vorschlag der Philosophischen Fakultät zur Besetzung des Lehrstuhls für alte Geschichte vom 3. III. 46 zurückgegeben und die Bitte um Vorlage einer neuen Liste ausgesprochen, die der Erwartung der badischen Bevölkerung Rechnung trage, dass geeignete badische Universitätslehrer bei der Besetzung von Lehrstühlen unserer Universität stärker berücksichtigt würden. Insbesondere wurde der Wunsch ausgesprochen, dass Herr Professor Nesselhauf in Kiel vorgeschlagen werden möge.

Die Fakultät hat mit Sorgfalt und grossem Ernst das Anliegen des Ministeriums beraten. Sie hat volles Verständnis dafür, dass möglichst badische Gelehrte berück-

¹¹⁹ Ab hier beginnen nun die größeren Abweichungen zwischen Ritters Entwurf und der Fakultätsfassung.

¹²⁰ Das Argument, wiewohl von Ritters Standpunkt aus verständlich und im folgenden auch noch breiter ausgeführt, ist unfair, war doch Nesselhaufs Karriere während der Herrschaft der Nationalsozialisten massiv behindert worden.

sichtigt werden, zumal mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder aus Süddeutschland stammen und mehrere davon, nämlich die Herren Friedrich, Müller, Tellenbach und Zenck Badener sind. Die Fakultät legt ferner den grössten Wert auf eine enge und harmonische Zusammenarbeit mit dem Ministerium zugunsten unserer Universität wie üblich als Berater. Andererseits fühlt sie sich nicht nur der Wissenschaft, sondern auch dem Ministerium und der badischen Bevölkerung gegenüber streng verpflichtet, ihre Vorschläge in erster Linie nach der Qualität der zu Berufenden als Gelehrte und akademische Lehrer zu erstatten. Die erste Fakultätskommission, der Herr Professor Vogt angehörte,¹²¹ hat sich trotz eines durchaus günstigen fachlichen Urteils über Herrn Nesselhauf, der auch ihr als vortrefflicher Charakter und als Badener sehr erwünscht gewesen wäre, nicht entschliessen können, ihn auf der Vorschlagsliste zu nennen. Denn weder an bisher bewiesener wissenschaftlicher Leistungsfähigkeit noch an Lehrerfahrung schien er den beiden an erster Stelle genannten Herren gleichzukommen. Eher war er mit dem dritten Kandidaten der Liste, Herrn Vittinghoff, zu vergleichen. Wenn wir uns gleichwohl entschlossen haben, diesen statt seiner zu nennen, so geschah es, weil Vittinghoff seiner ganzen Arbeitsrichtung nach für unsere besonderen Freiburger Bedürfnisse besser geeignet erscheint und weil er uns von vielen Seiten als der hoffnungsvollste Vertreter der jüngeren Generation empfohlen wird. Unser Gutachten betonte indessen ausdrücklich, dass wir einen erheblichen Abstand auch dieses Gelehrten von den an erster und zweiter Stelle genannten empfinden und dass die Fakultät auch ihn erst dann in Betracht ziehen wollte, wenn die Herren Heuss und Schäfer für Freiburg nicht gewonnen werden könnten.

Die Fakultät hat nun abermals eine Kommission, bestehend aus den Herren Bauer, Büchner, Ritter, Schuchhardt und Tellenbach mit einer umfassenden Prüfung der vom Ministerium gestellten Frage beauftragt. Diese hat dementsprechend ein ausführliches Gutachten über Herrn Nesselhauf ausgearbeitet, das in Anlage mitvorgelegt wird. Die Gesamtfakultät kam darauf nach eingehender und gewissenhafter Besprechung zu dem einstimmigen Beschluss, die frühere Liste noch einmal vorzulegen. Insbesondere Herr Heuss, der schweizerischer Herkunft ist, scheint ihr nach wie vor derjenige zu sein, der die althistorischen Studien in Freiburg zur Blüte bringen würde. Zwischen den Herren Heuss und Schäfer und der Gruppe jüngerer Gelehrter, der u.a. die Herren Vittinghoff und Nesselhauf angehören, scheint ihr vorläufig ein so deutlicher und beträchtlicher Abstand zu bestehen, dass sie es nicht verantworten zu können glaubt, von diesem Qualitätsunterschied abzusehen.

Die Fakultät erlaubt sich, wie schon so oft, darauf hinzuweisen, dass das Studium der alten Geschichte an unserer Universität immer weiter zurückzugehen droht. Nach dem Tode Herrn Kolbes gelang es nach langer Vakanz, in Herrn Vogt einen ausgezeichneten Gelehrten zu gewinnen, der aber infolge der Ereignisse des Kriegsendes nicht zu voller Entfaltung kam und Freiburg allzu schnell wieder verliess. Die Fakultät bittet dringend darum, dass durch eine Neuberufung endlich eine so schmerzliche Lücke in ihrem Lehrbetrieb geschlossen wird, die nun bereits 15 Monate besteht.

Dekan. [i. e. Tellenbach]

¹²¹ Die Betonung dieser Tatsache lässt vielleicht die Vermutung zu, daß sich Vogt bereits während der Beratungen der Berufungskommission im Frühjahr 1946 für Nesselhauf eingesetzt hatte, doch mit seinem Vorschlag nicht durchdrang. Jedenfalls würde dies zu seinen späteren Äußerungen über Nesselhauf (vgl. Anhang Nr. 5a) gut passen.